

15. Juni 2021

ÖKUMENISCHE INFORMATION

24-25

Nachrichten und Hintergründe
aus der Christlichen Ökumene
und dem Dialog der Religionen

Gedenken in Rom fällt aus

„Exkommunikation trifft nicht mehr Anhänger Luthers“

Seite 3

Zweitheirat für Geistliche möglich

Finnische Kirche trifft „historische Entscheidung“

Seite 7

Führungsanspruch bekräftigt

Bartholomaios deutet Autokephalie in Mazedonien an

Seite 11

Von Anachoreten zu Zönobiten

Orthodoxe Theologie im deutschsprachigen Raum

Seite 13

Licht in das Grauen

Schäfer bietet einen luziden Crashkurs Antisemitismus

Seite 19

Dokumentation

Einladend und inspirierend

Beschluss der Westfälischen Landessynode
zum Missionsverständnis

Papst erinnert an Schicksal ertrunkener Bootsmigranten

Vatikanstadt Papst Franziskus hat erneut auf das Schicksal im Mittelmeer ertrunkener Bootsmigranten aufmerksam gemacht. Beim Mittagsgebet am 13. Juni auf dem Petersplatz forderte er dazu auf, „die Mauern der Gleichgültigkeit“ niederzureißen. „Das Mittelmeer ist zum größten Friedhof Europas geworden“, so das Kirchenoberhaupt. Franziskus äußerte sich anlässlich der Einweihung eines Mahnmals im sizilianischen Augusta. Dort soll das Wrack eines im April 2015 gesunkenen Migrantenboots an das Leid der Opfer erinnern. Bei dem Unglück waren hunderte Menschen ums Leben gekommen. Das auf dem Meeresgrund zwischen Libyen und Italien liegende Wrack wurde 2016 auf Geheiß der italienischen Regierung geborgen. 2019 war es Teil der Biennale-Ausstellung in Venedig. Nun wird die Hafenstadt Augusta zum dauerhaften Standort. „Möge dieses Symbol für so viele Tragödien im Mittelmeer weiterhin das Gewissen eines jeden herausfordern und das Wachstum einer solidarischeren Menschheit fördern“, mahnte der Papst. Bereits in den vergangenen Jahren hatte er sich immer wieder betrübt über die Lage im Mittelmeer gezeigt. Erst vor einigen Wochen bezeichnete er den Tod zahlloser Bootsmigranten als „eine Schande“. ●

Großerbischof befürwortet gemeinsamen Oster-Termin

München Der Großerbischof der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche, Swjatoslaw Schewtschuk, hat sich optimistisch zu Bemühungen um einen gemeinsamen Ostertermin der großen Kirchen geäußert. „Viele Menschen fragen: Wann werden wir gemeinsam Ostern und Weihnachten feiern können?“, sagte Schewtschuk in einem Gespräch mit dem internationalen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ in München. Man sei sich bewusst, dass man dieses Problem nicht allein lösen könne. „Deshalb fördern wir den Dialog zwischen Ost und West. Denn das wichtigste Fest

unseres Glaubens gemeinsam feiern zu können, ist auch ein Zeichen der Einheit.“ Der Großerbischof verwies darauf, dass seine Kirche in der Vergangenheit manchmal schwierige Beziehungen zu den orthodoxen Mitchristen gehabt habe. „Aber jetzt versuchen wir, viel in den ökumenischen Dialog zu investieren und den Teil unserer Identität stark zu machen, der uns eint.“ Man sei führend in der Förderung der christlichen Soziallehre. „Wir sind überzeugt, dass der Wandel in der Ukraine nur gelingen kann, wenn wir die Grundwerte der Soziallehre stark machen: Menschenwürde, Solidarität, Subsidiarität, das Gemeinwohl“, so Schewtschuk. Die Ukrainische griechisch-katholische Kirche ist die größte der mit Rom unierten Ostkirchen. Ihr gehören etwa sechs Prozent der Ukrainer an. Schewtschuk leitet die Kirche seit zehn Jahren. ●

Landeskirche und Erzbischof weiten Zusammenarbeit aus

Buchen Die evangelische Landeskirche in Baden und das Erzbistum Freiburg haben erstmals auf Bezirks- und Dekanatsebene eine enge ökumenische Zusammenarbeit vereinbart. In einer am 12. Juni in Buchen im Neckar-Odenwald-Kreis unterzeichneten Rahmenvereinbarung verpflichteten sich die evangelischen Kirchenbezirke Adelsheim-Boxberg und Mosbach sowie das katholische Dekanat Mosbach-Buchen zu Vernetzung und Kooperation. „Ökumene ist die Zukunft einer sich massiv ändernden Kirche“, sagte Dekan Johannes Balbach. Gemeinsame kirchliche Angebote über Konfessionsgrenzen hinweg sollten ausgebaut werden. Auf Ebene der Kirchengemeinden und Pfarreien gibt es seit 2004 zahlreiche Kooperationen. Offiziell wurden auf dem Gebiet des Bistums und der Landeskirche bislang rund 120 katholisch-evangelische Gemeinde-Partnerschaften vereinbart. ●

Diese Ausgabe erscheint als Doppelnummer mit erweitertem Umfang. KNA-ÖKI Nr. 26/2021 erscheint am 29. Juni.

Gedenken in Rom fällt aus

Thönissen: Exkommunikation trifft nicht mehr die Anhänger Luthers

Von Norbert Zonker

Die Corona-Pandemie hat auch Auswirkungen auf die ökumenischen Dialoge: Gemeinsame Veranstaltungen kommen nicht zustande, ein geplantes lutherisch-katholisches Dokument verzögert sich. Zum Stand der Dinge äußert sich im Interview von KNA-ÖKI der Leitende Direktor des Johann-Adam-Möhler-Instituts für Ökumenik in Paderborn, Wolfgang Thönissen. Er ist u.a. Berater der Lutherisch/Römisch-katholischen Kommission für die Einheit und Mitglied im Ökumenischen Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen (ÖAK).

KNA Herr Prof. Thönissen, vor 500 Jahren erfolgte die Exkommunikation Martin Luthers. Aus diesem Anlass wollten der Lutherische Weltbund (LWB) und der Päpstliche Einheitsrat ein neues Dokument vorlegen. Geplant war auch eine gemeinsame Gedenkveranstaltung in Rom, die wegen der Corona-Pandemie jetzt ausfällt. Gibt es Pläne, das Treffen nachzuholen?

Thönissen Der LWB hatte schon vor einiger Zeit beschlossen, seine diesjährige Ratsversammlung vom 18. bis 23.6.2021 in Rom abzuhalten. Dabei sollte es auch zu einem gemeinsamen Gottesdienst und einer Gedenkveranstaltung kommen. Diese Pläne wurden seitens des LWB aufgrund der Pandemie-Lage nicht weiter verfolgt. Die Ratsversammlung wird ausschließlich als Online-Veranstaltung stattfinden. Deswegen wird es auch keinen gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst in Rom geben. Wann es zu einem Treffen in Rom kommen wird, das muss der LWB entscheiden.

KNA Wie weit sind die Arbeiten an dem neuen Dokument vorangeschritten?

Thönissen In Vorbereitung auf das geplante gemeinsame Treffen hatten der LWB und der Päpstliche Einheitsrat im Dezember 2019 eine

Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich in einem gemeinsamen, ausführlichen Text mit dem Ereignissen des Jahres 1521 beschäftigen sollten. Es war die Intention dieser Arbeitsgruppe, in historischen, theologischen und kirchenrechtlichen Abhandlungen der Frage der Exkommunikation und Verurteilung Martin Luthers genauer nachzugehen. Auch hier hat es aufgrund der Pandemie-Lage eine Verzögerung ergeben. Zwar konnte die international besetzte Arbeitsgruppe an den bereits vorliegenden Texten weiter arbeiten, aber ohne eine längere präsentische Tagung ist dieses nicht zu leisten.

KNA Wie geht der Text mit Forderungen nach einer Aufhebung der Exkommunikation Luthers und seiner Anhänger um?

Thönissen Im Zusammenhang mit den theologischen Fragen muss geklärt werden, was überhaupt unter kirchlicher Verurteilung und Exkommunikation am Ende des Mittelalters verstanden werden kann. Immer wieder ist in den ökumenischen Diskussionen der vergangenen Jahrzehnte die Forderung erhoben worden, analog zur Aufhebung der Exkommunikationen des Jahres 1054 zwischen den orthodoxen und der katholischen Kirche eine Aufhebung der Exkommunikation Martin Luthers herbeizuführen. Es wird die Aufgabe der eingesetzten Arbeitsgruppe sein, genau zu zeigen, dass die Aufhebung der Exkommunikationssentenzen des elften Jahrhunderts völlig anders zu bewerten ist als die Exkommunikation Luthers aus dem Jahre 1521. Dabei wird auch deutlich unterschieden werden müssen zwischen der Exkommunikation, die Luther selbst in seiner Person erfahren hat, und der seiner Anhänger. Das Zweite Vatikanische Konzil, um hier bereits schon einmal ein Ergebnis vorwegzunehmen, hat deutlich gemacht, dass die Exkommunikation nicht mehr die Anhänger Luthers trifft. Diese Entscheidung ist implizit getroffen worden, als das Konzil sich im Ökumenismusdekret dazu entschloss, von

getrennten Brüdern bzw. Schwestern im Glauben zu sprechen. Dies muss selbstverständlich in einer ausführlichen Abhandlung theologisch angemessen dargestellt und behandelt werden.

KNA *Mit Blick auf das Reformationsgedenken wurde bereits 2008 das Projekt einer „Ökumenischen Kommentierung der 95 Ablassthesen Martin Luthers“ begonnen. Der erste von mehreren Bänden dazu war schon längst vom Verlag angekündigt – welchen Grund hat die Verzögerung?*

Thönissen Das Projekt einer „Ökumenischen Kommentierung der 95 Ablassthesen Martin Luthers“ war vom Straßburger Institut für ökumenische Forschung des LWB und dem katholischen Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik auf den Weg gebracht worden. Dieses Projekt will sich mit den Hintergründen und Ursachen für die mit der Veröffentlichung der Ablassthesen einhergehenden reformatorischen Auseinandersetzungen beschäftigen. Hierzu ist eine gemischte internationale katholisch-lutherische Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht worden, die – aufgeteilt in Zweiergruppen – klären sollte, welche theologischen Auseinandersetzungen und Kernfragen sich mit den einzelnen Thesen Luthers verbinden und wie sie zu verstehen sind, was bisher nicht gemacht worden ist. Bei diesen Arbeiten hat sich relativ rasch herausgestellt, dass eine ökumenische Kommentierung, die keinen ökumenischen Konsentext erbringen will, sondern eine historisch-kritische Arbeit im Sinne des *audiatur et altera pars* leisten will, nicht ohne eine ausführliche grundlegende Quellensichtung auskommt. Herausgekommen ist hierbei die Idee für ein dreibändiges Werk, in dem relevante Texte aus den Jahren zwischen 1095 und 1576, die sich auf den Ablass beziehen, sowohl auf Latein wie auf Deutsch präsentiert werden. Dieses Werk ist für den akademischen Unterricht gedacht und wird daher moderne deutsche Übersetzungen enthalten. Die Vorarbeiten für den ersten Band haben sich als derart schwierig erwiesen, dass die ursprünglich schon für 2017 geplante Veröffentlichung erst jetzt abgeschlossen werden konnte. Vor allen Dingen erwiesen sich die Übersetzungen kirchenrechtlicher, theologischer und liturgischer Quellentexte als besonders schwierig. Der erste

Band der Ablass-Dokumentation wird jetzt im Juli in der Evangelischen Verlagsanstalt und im Herder Verlag erscheinen.

KNA *Welche neuen Erkenntnisse sind von dem Projekt zu erwarten?*

Thönissen Der breiten Öffentlichkeit hat sich bis heute ein öffentlicher Thesenanschlag ins Bewusstsein gebrannt. Doch mit diesem Thesenanschlag ist nicht immer klar geworden, dass es sich um eine von Luther selbst gewollte, tief greifende und ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Ablass als einem der wirkmächtigsten Frömmigkeitsphänomene des Mittelalters handelte. Um diesen Hintergrund auszuleuchten, ist es notwendig geworden, die Geschichte des Bußinstitutes des Mittelalters herauszustellen, denn ohne Buße, Beichte und Genugtuung lässt sich das Phänomen des Ablasses, das Buße und Beichte folgt, nicht erklären: Der Ablass des Mittelalters ist ein rechtlich gefasstes Konstrukt einer der Buße nachlaufenden Form der Sündenbewältigung. Wenn man es etwas genauer sagen wollte, dann müsste man folgendes herausstellen: Die Buße ist die nach Schuld festgestellt und Vergebung im Beichtstuhl erfolgte Verhängung einer Strafe, die abgeleistet werden soll, der Ablass ist dann eine Demuts- und Frömmigkeitsübung, die den Menschen, therapeutisch betrachtet, wieder auf den rechten Weg führen soll. Wir haben es hier also mit zwei Seiten ein und derselben Sache der Sündenbewältigung zu tun: Strafauflegung und Heilung. Dieser Zusammenhang wird noch genauer beleuchtet werden müssen.

KNA *Die ökumenische Debatte in Deutschland war zuletzt stark bestimmt von der Studie „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen (ÖAK). Welche Zwischenbilanz der Diskussion ziehen Sie?*

Thönissen Der ÖAK hat sich bereits in seiner langen Geschichte immer wieder mit der Frage der Eucharistie- bzw. Abendmahlsgemeinschaft beschäftigt. Daraus sind schon vor Jahrzehnten wichtige Dokumente entstanden. Dies war der Anlass gewesen, diese Frage noch einmal neu aufzugreifen und unter den inzwischen hinzugewonne-

nen historischen und theologischen Argumenten nachzugehen. Im Blick auf den digital abgelaufenen Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt hatte sich die Erwartung herausgebildet, dass es nun zu einer evangelisch-katholischen Eucharistiegemeinschaft kommen werde. Zwar hat das Votum des ÖAK dazu entsprechende Aussagen gemacht, aber es muss insgesamt als ein Diskussionspapier verstanden werden, das eine Zwischenbilanz bildet, und ist selbst keine Anweisung für eine zu praktizierende Abendmahlsgemeinschaft.

KNA *In Deutschland mit seinem ausgewogenen Verhältnis von Katholiken und Protestanten ist die Frage der Kommunionsgemeinschaft besonders virulent. Wie wird diese Diskussion von protestantischer Seite außerhalb Deutschlands wahrgenommen?*

Thönissen Auch innerhalb der europäischen evangelischen Kirchen ist die Frage der Abendmahlsgemeinschaft besonders virulent. Dies bezieht sich natürlich in erster Linie auf die innerprotestantische Frage, weil es hier lange Jahrzehnte gedauert hatte, eine solche Praxis theologisch zu begründen. Inzwischen gibt es Gespräche auf europäischer Ebene mit dem Päpstlichen Einheitsrat. Im Mittelpunkt stehen die Fragen nach Kirche, Sakramenten Amt, alles Fragen, die darauf hinauslaufen zu

prüfen, unter welchen Voraussetzungen Abendmahls- bzw. Eucharistiegemeinschaft möglich sein werden. Insoweit gibt es also einen europäischen Erwartungsdruck an die deutsche Diskussion.

KNA *Das nächste bedeutende Datum im lutherisch-katholischen Dialog wird 2030 die Erinnerung an „500 Jahre Augsburger Bekenntnis“ sein. Ist bis dahin noch die Erarbeitung einer „Gemeinsamen Erklärung über Kirche, Eucharistie und Amt“ zu schaffen, wie mehrfach vorgeschlagen worden ist.*

Thönissen Den Vorschlag für eine „Gemeinsame Erklärung über Kirche, Eucharistie und Amt“ stammt selbst vom Präsidenten des Päpstlichen Einheitsrates, Kurt Kardinal Koch. Er hatte diesen Vorschlag für einen ausführlichen theologischen Dialog selbst in die Debatte geworfen, nachdem die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ zu einem positiven ökumenischen Ergebnis geführt hatte. Hierbei geht es darum zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen Abendmahls- bzw. Eucharistiegemeinschaft möglich sein werden. Dazu müssen Fragen des Amtes insbesondere geklärt werden, vor allem die des Bischofsamtes. Das Jubiläum der *Confessio Augustana* 2030 könnte dazu einen Anlass geben. Es sind hierzu aber noch keine spezifischen Arbeiten aufgenommen worden. ●

Sachsens Bischöfe gehen zum Jubiläum auf Ökumene-Tour

Dresden Vor der Jubiläumsfeier zur Wiedererrichtung des Bistums Dresden-Meißen vor 100 Jahren (20. Juni) gehen der katholische Bischof Heinrich Timmerevers und der evangelische Landesbischof Tobias Bilz gemeinsam auf Ökumene-Tour durch Sachsen. Sie besuchen ökumenische Einrichtungen in Bautzen, Deutzen und Meißen und wollen damit die gute Verbundenheit beider Kirchen würdigen. Zudem sind jeweils Taufgedächtnisfeiern geplant, um an die gemeinsame christliche Wurzel in der Taufe zu erinnern. In Meißen, dem Gründungsort des Bistums, werden auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU), sein Stellvertreter Martin Dulig (SPD) und Landtagspräsident Matthias Röbber sowie Vertreter der evangelischen Kirche

und der Jüdischen Gemeinde erwartet. 1921 erhob Papst Benedikt XV. die damalige Apostolische Präfektur Meißen zum neuen Bistum Meißen mit Bischofssitz in Bautzen. Nach 1945 wuchs die Zahl der Katholiken durch Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten Europas. 1979 wurde der Name des Bistums in Dresden-Meißen geändert, der damalige Bischof Gerhard Schaffran verlegte im folgenden Jahr den Bischofssitz nach Dresden. Dort fand 1987 das einzige DDR-weite Katholikentreffen mit mehr als 100.000 Teilnehmern statt. Gegenwärtig gehören dem Bistum rund 140.000 Katholiken an, rund 3,5 Prozent der Bevölkerung. Nur in den Siedlungsgebieten der sorbischsprachigen Minderheit in der Oberlausitz gibt es einen höheren Katholikenanteil. ●

Sternberg: Katholikentag '22 wird so ökumenisch wie keiner zuvor

Stuttgart Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, geht davon aus, dass der Katholikentag im kommenden Jahr in Stuttgart „so ökumenisch wird wie keiner zuvor“. Bei einer Online-Pressekonferenz sagte Sternberg, nach dem Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) vor wenigen Wochen in Frankfurt sei klar, dass digitale Begegnungen analoge nicht ersetzen könnten. Es sei wichtig, „sich live und in Farbe zu sehen“. Der Katholikentag 2022 müsse die Kraft entwickeln, die Menschen nach der Pandemie zuversichtlich zu stimmen. Sternberg selbst will beim Katholikentag „ein ganz normaler Teilnehmer sein“. Er kandidiert nicht erneut für das Amt des ZdK-Präsidenten. Sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin in diesem Amt werde seine Aufgaben in der Katholikentagsleitung übernehmen. Sein Ausscheiden sei deshalb „nicht so tragisch“.

Der gastgebende Rottenburg-Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst freut sich auf „das erste große Fest

der Kirchen nach der Pandemie“. Es gelte, miteinander ins Gespräch zu kommen und über die Themen zu sprechen, die alle angingen. Danach sehnten sich nicht nur die Katholiken in Württemberg, sondern alle Menschen im Land. Stuttgart will sich nach den Worten des Bischofs auch als „Welthauptstadt der Bibel“ zeigen. Fürst spielte damit darauf an, dass das katholische und das evangelische Bibelwerk, ein Bibelmuseum und der ökumenische Veranstalter Biblische Reisen ihren Sitz in der baden-württembergischen Landeshauptstadt haben. Der Kölner Kommunikationsdesigner Rüdiger Quass von Deyen stellte bei der Pressekonferenz die Werbe-Linie für das Treffen vor. Der Grundgedanke dabei sei, „dass Teilen zur Grundhaltung christlicher Weltverantwortung gehört“. Das Katholikentags-Motto „leben teilen“ beginne vor der eigenen Haustür und erstrecke sich über die ganze Welt. Der Katholikentag 2022 findet vom 25. bis 29. Mai in Stuttgart statt. Erwartet werden mehrere zehntausend Teilnehmer. ●

Patriarch Sako: Vielfalt ist Merkmal heutiger Welt

Bagdad Der chaldäische Patriarch Kardinal Louis Raphael I. Sako hat fehlenden Realismus in der Debatte um die Einheit der Kirchen kritisiert. Das Thema sei „aufgrund der Pluralität von Kirchen, Kulturen, Sprachen und Nationalitäten“ komplex, sagte er in einem Beitrag auf der Webseite des chaldäischen Patriarchats. Vielfalt sei ein Merkmal der heutigen Welt und bedeute Mischung und Kooperation, nicht Isolation. Sako verwies auf eine mögliche „Einheit im Herzen und im Glauben“, die in einer „wunderbaren Vielfalt“ ihren Ausdruck finden könne, etwa in der Theologie, in Frömmigkeitspraktiken sowie der Organisation nach Kulturen, Sprachen und Ländern. Eine entsprechende „Einheit im Herzen“ habe die Christen der frühen Kirche verbunden, deren Zahl darüber hinaus begrenzt gewesen sei und die eine geografische Region geteilt hätten. Diese Einheit müsse heute in allen Kirchen präsent sein, so der Patriarch. Gleichzeitig sei diese Einheit „nicht vollständig kirchlich“, da sich die verschiedenen Kirchen in

ihrer Gestalt unterschieden und nicht durch bloße Beschlüsse ihrer Identitäten beraubt werden dürften.

In seinem Beitrag erneuerte das Oberhaupt der katholischen Ostkirche seine Kritik „an der Struktur, Effizienz sowie der problematischen Zusammensetzung“ des 2006 gegründeten „Rates der Konfessionsführer im Irak“. Unter anderem sei sein seit seiner Ernennung zum Patriarchen 2003 mehrfach geäußerter Vorschlag wiederholt zurückgewiesen worden, den Vorsitz des Rates zwischen den drei mit einem Patriarchen im Irak vertretenen Kirchen rotieren zu lassen, wie es etwa in Jordanien oder Ägypten der Fall sei. Der Rat soll laut Sako die Zusammenarbeit zwischen den 14 anerkannten Kirchen im Irak stärken, pädagogische und soziale Aktivitäten koordinieren sowie gemeinsamen Positionen zu nationalen Themen erzielen. Ferner pflege der staatlich nicht anerkannte Rat den Dialog mit Muslimen und Vertretern anderer Religionen im Irak. ●

Zweitheirat für Geistliche möglich

Finnische Orthodoxe Kirche trifft „historische Entscheidung“

Von Nikolaj Thon

Helsinki In der Sitzung des Bischofsrats der (innerhalb des Patriarchats Konstantinopel) autonomen Finnischen Orthodoxen Kirche am 21. April wurde ein kontroverses Thema diskutiert, das zwar nur einzelne und sogar relativ wenige Geistliche der Finnischen Kirche selbst betrifft (der gesamte Klerus der Orthodoxen Kirche Finnlands zählt weniger als 200 Mitglieder), aber für diese von großer persönlicher Bedeutung ist. Zudem hat es eine über das Land weit hinausreichende Brisanz in der Orthodoxie, ging es doch um die Frage, ob verheiratete Geistliche, deren Frau verstorben ist oder die schuldlos geschieden wurden, eine zweite Ehe eingehen können. Die offizielle Website der Finnischen Kirche (<https://www.ort.fi/ru>) spricht daher sogar von einer „historischen Entscheidung“.

In der Tat: Alle einschlägigen altkirchlichen Kanones (so Apost. 17, 26, 42; Trull. 3, 6 und 13; Basileios 87) verbieten grundsätzlich – eine gewisse Ausnahme stellt Ankyra 10 dar – eine Eheschließung nach der Subdiakonatsweihe. Dies ist übrigens ein Grund, weshalb in der Praxis einiger Ortskirchen heute keine Subdiakonatsweihen mehr – bzw. diese erst unmittelbar vor der Diakonatsweihe – gespendet werden. Als Beispiel sei nur Kan. 6 des Trullanums von 691 zitiert: „Weil in den apostolischen Kanones erklärt wird, dass von denen, die unverheiratet zum Klerus befördert werden, nur Lektoren und Kantoren heiraten können, bestimmen auch wir, indem wir dies beibehalten, dass es von nun an keinem Subdiakon, Diakon oder Presbyter nach seiner Weihe erlaubt ist, eine Ehe zu schließen, sondern wenn er es gewagt hat, soll er abgesetzt werden. Wenn aber jemand von denen, die in den Klerus eintreten, sich mit einer Frau in rechtmäßiger Ehe verbinden will, bevor er zum Subdiakon, Diakon oder Presbyter geweiht wird, so soll es geschehen.“ Kanones, auf die hier Bezug genommen wird, sind außer den oben genannten etwa

der aus dem 5. Jahrhundert stammende 26. Apostolische Kanon („Keiner der Kleriker, außer den Lesern und Sängern, darf nach der Weihe heiraten“).

Die manchmal in westlichen Konfessionskunden zu lesende Behauptung, die Orthodoxe Kirche erlaube ihren Geistlichen die Heirat, ist also eindeutig falsch: Lediglich können – in erster Ehe! – Verheiratete ordiniert werden. Nach der Eheschließung verbietet das kanonische Recht (anders als für Laien, denen – durch *oikonomia*, aber nicht ohne Buße, vgl. 1 Kor 6,8; 7,28 – eine zweite und sogar dritte Ehe bei Beendigung der ersten Ehe durch Tod des Gatten oder Ehetrennung erlaubt wird), für Geistliche kategorisch eine Wiederverheiratung. Denn – wie der heilige Nikodemos vom Athos in seiner Auslegung des 42. Apostolischen Kanons schreibt –: „Die Priester müssen in allem Leben das erste Beispiel sein, ein Beispiel für allen Gehorsam und alle Tugend und eine Inspiration für alle guten Werke“. Auch das oströmische Zivilrecht übernahm diese Sichtweise. So heißt es in der 3. Novelle Kaiser Leons VI. des Weisen (886-912), es sei „nicht gut, wenn sie (die Kleriker), nachdem sie sich durch die Vortrefflichkeit des Geistes über die Schwächen des Fleisches erhoben haben, wieder den Begierden des Fleisches unterworfen werden, während es im Gegenteil angemessen wäre, dass der Dienst an Gott über die Leidenschaften des Körpers erhoben wird“.

Auch die Zweitehe für Laien wird von der Orthodoxen Kirche nur geduldet, nicht eigentlich gebilligt, gemäß den Worten des heiligen Gregorios des Theologen, der unter Anspielung auf Eph 5,22ff. konstatiert, „dass das Wort Gottes die Bigamie nicht gutheißt, denn wenn es zwei Ehemänner und zwei Frauen gibt, gibt es auch zwei Christusse; doch wenn es nur einen Christus, ein Haupt der Kirche, gibt, so gibt es auch (nur) ein Fleisch, und alles andere sei geleugnet“ (PG, 36:292).

Allerdings entsprach die Realität bei weitem nicht immer dem hier geforderten Ideal: Auch die Ehen von Geistlichen scheiterten, oder die Ehefrau verstarb, so dass in der Praxis Wege gefunden werden mussten, die einerseits die kanonische Ordnung nicht aufhoben, andererseits für den Kleriker, dessen irdische Ehe endete, lebbar waren. So erklärte es schon das Moskauer Konzil von 1667 (Konzilsakten 7,3) für möglich, Priestern und Diakonen, die ein zweites Mal heirateten, nach ihrer Amtsenthebung weiterhin – bei Anerkennung der Gültigkeit ihrer neuen Ehe! – einen Dienst als niedere Kleriker (vor allem als Psalmensänger) zu erlauben. Die Frage blieb aber virulent, und reformorientierte Kreise des Klerus forderten besonders seit dem 19. Jahrhundert die Möglichkeit der Zweitehe (und sogar den verheirateten Episkopat!), wie es die „Erneuerer“ in Russland dann auch in den 1920er Jahren praktizierten; der Erneuerer-„Metropolit“ Aleksandr Vvedenskij (1889-1946) war gleich dreimal nacheinander verheiratet. Das ansonsten in Vielem recht liberale Moskauer Landeskonzil von 1917/18 verstand sich allerdings nicht dazu, Geistlichen die Erlaubnis zur neuen Ehe zu geben, gewährte Priestern aber nach Abschluss einer solchen, weiterhin Soutane (*Rjasa*) und Priesterkreuz zu tragen und im Altarraum zu kommunizieren.

Aufgriffen wurde die Frage auch im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts. So wurde sie auf Initiative des Ökumenischen Patriarchats auf dem Interorthodoxen Kongress erhoben, der vom 10. Mai bis 8. Juni 1923 unter Patriarch Meletios (Metaxakis; 1871-1935) in Konstantinopel stattfand. Die Teilnehmer des Treffens sprachen sich dafür aus, Diakonen und Priestern zu erlauben, nach ihrer Weihe zu heiraten, und verwitweten Klerikern zu erlauben, ein zweites Mal zu heiraten. Auch im weiteren interorthodoxen Dialog wurde die Frage der Zweitheirat von Geistlichen periodisch immer wieder diskutiert, so in den 1940er und 50er Jahren in der Bulgarischen Kirche. Besonders das Ökumenische Patriarchat suchte seit Jahren nach offiziellen Lösungen, die sich auch in der Tradition der Kirche begründen lassen sollten, aber die meisten Ortskirchen sprachen sich klar gegen jegliche Neuerungen aus und duldeten allenfalls gewisserma-

ßen „unter der Hand“ individuelle Ausnahmefälle, die der jeweilige Bischof zu verantworten hat.

Einige Betroffene knüpften Erwartungen an das „Große und Heilige Konzil“ von Kreta 2016. Doch abgesehen davon, dass dessen panorthodoxer Charakter angesichts der Tatsache, dass von 14 *autokephalen* Kirchen 4 – aus welchen Gründen auch immer – nicht teilnahmen, hinterfragbar ist, scheute das Konzil (wie auch in manchen anderen Fragen) eine klare Aussage oder gar eine Änderung bzw. Neufassung der Kanones und beschränkte sich lediglich im Dokument „Das Mysterion der Ehe und seine Hindernisse“ bei der Aufzählung der „Ehehindernisse und die Anwendung der *Oikonomia*“ auf die Kompromiss-Formulierung: „Das Priestertum stellt als solches kein Hindernis für eine Ehe dar; aber gemäß der praktizierten kanonischen Tradition (3. Kanon des Konzils in Trulla) ist nach der Weihe die Eheschließung verboten“ (II,4).

2018 gab dann erstmals offiziell die Heilige Synode in Konstantinopel grundsätzlich grünes Licht für eine zweite Ehe von Geistlichen, wenn die erste Ehefrau gestorben oder der Priester von ihr verlassen worden sei. Jeder Einzelfall müsse aber vom Leitungsgremium der Kirche, dem Heiligen Synod, individuell und eingehend geprüft werden. Die zweite Ehe soll nur mit einem „einfachen Gebet“ geschlossen werden, und eine erneute Heirat ist ausgeschlossen, wenn es der Priester war, der sich von seiner Ehefrau trennte. Andere orthodoxe Kirchen lehnen aber auch diese vorsichtige Öffnung entschieden ab. Harsche Kritik kam etwa aus Russland und der Ukraine, aber auch von anderen. So kommentierte damals, um nur ein Beispiel zu nennen, Metropolit Luka (Kovalenko) von Zaporozje und Melitopol (Ukrainische Orthodoxe Kirche): „Es scheint, dass die Bischöfe vergessen haben, dass die Abkehr von der Tradition der Väter, das Verlassen der Kanones und deren leichtfertige Auslegung nur zu einem führt – zum Abfall von Christus, wie uns die Geschichte des Auftretens und der Entwicklung der protestantischen Bewegungen deutlich zeigt, besonders in der modernen Welt mit ihrer pervertierten Interpretation der Rolle Christi im menschlichen Leben und in der Welt insgesamt.“

Das Ökumenische Patriarchat aber blieb bei seiner Position: Patriarch Bartholomaios hatte in diesem Sinn schon am 3.10.2019 auf dessen Anfrage hin einen Brief an den Vorsteher der Finnischen Kirche, Erzbischof Leo (Makkonen) von Helsinki und ganz Finnland, geschickt, in dem er die Entscheidung des Heiligen Synods mitteilte, unter besonderen Bedingungen Klerikern zu erlauben, eine zweite Ehe für Witwer und unverschuldet Geschiedene einzugehen.

Erzbischof Leo legte daraufhin die Frage dem Bischofsrat der Finnischen Orthodoxen Kirche am 18.2.2020 zur Diskussion vor. Aber wegen der Seltenheit der Einberufung eines Bischofskonzils in einer Pandemiezeit wurde eine Entscheidung erst jetzt in der Sitzung vom 21.4.2021 zur Beratung angenommen und die Bischöfe kamen – laut dem Bericht auf der offiziellen Website der Kirche – zu dem Schluss, dass die traditionelle Praxis sich als unnötig restriktiv erwiesen habe, besonders in Bezug auf Witwer. Nach der bisherigen Praxis auch der Finnischen Kirche konnten verwitwete oder geschiedene Kleriker zwar weiter dienen, aber nur, solange sie nicht wieder heirateten; in dem Fall war es ihnen aufgrund der kanonischen Anordnung des Bischofskonzils verboten, ihr Amt weiter auszuüben.

Dieses Verbot des Dienstes war zwar in Finnland schon bisher nicht in allen Fällen endgültig, sondern konnte später vom Bischofsrat aufgehoben werden. Die Wiederherstellung des Dienstrechts erfolgte jedoch nicht automatisch, sondern wurde von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der Umstände geprüft, und eine Wiederzulassung erfolgte oft erst Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, nachdem der Kleriker wieder geheiratet hatte. Obwohl diese Ordnung der Dinge jedem bekannt war, der in den Klerus eintrat, fiel es vor allem Witwern nicht leicht, die Situation zu akzeptieren, und es kam immer wieder zu Forderungen nach einer Lockerung, wobei neben spirituellen auch materielle Gründe eine Rolle spielten, denn für bisher hauptamtliche Geistliche ist es oft schwierig, einen anderen Beruf zu finden, wenn sie ihre Tätigkeit in der Kirche im Falle einer Verwitwung und zweiten Heirat aufgeben müssen.

Dies gilt natürlich nicht nur für die Finnische Kirche, und deren Bischofsrat betonte auch, es liege nicht in seiner Autorität, die aktuelle Ordnung einseitig zu ändern, sondern man folge in diesen – insgesamt in Finnland wenigen – Fällen den kanonischen Prinzipien der Mutterkirche. Der Bischofsrat hört Kleriker an – und bedenkenswerte Fälle werden an das Patriarchat weitergeleitet.

Auf der Ebene des Patriarchats hat die Frage, ob ein verwitweter oder geschiedener Geistlicher heiraten darf, denn auch eine größere Reichweite. Der Bischofsrat der Finnischen Kirche hat nun festgelegt, wie die Entscheidung der Heiligen Synode des Ökumenischen Patriarchats in Finnland umgesetzt werden soll. Falls ein verwitweter Priester eine zweite Ehe eingehen möchte, wird er von seinem regierenden Bischof zu einer Anhörung vorgeladen, der eine auf dieser Grundlage erstellte Stellungnahme zusammen mit anderen notwendigen Dokumenten zur Prüfung dem Bischofsrat vorlegt. In Fällen, die aus dessen Sicht eine positive Antwort verdienen, legt der Bischofsrat das gesamte Paket von Dokumenten der Heiligen Synode des Ökumenischen Patriarchats vor, die eine endgültige Entscheidung in der Angelegenheit trifft. Auch für den Fall, dass ein Geistlicher unverschuldet in eine Scheidung gerät, werden sowohl der Geistliche als auch seine frühere Ehepartnerin nach Abschluss des Scheidungsverfahrens vom Regierenden Hierarchen gehört. Danach verläuft der Prozess in der gleichen Weise wie im Fall des verwitweten Klerikers.

Die finnischen Bischöfe betonen, dass hiermit keine neue generelle Ordnung und ein allgemeines Recht auf Wiederverheiratung von Witwern und Geschiedenen geschaffen werden soll: Wie aus dem Brief des Patriarchen und den Beschlüssen des Bischofsrats ersichtlich ist, wird jeder Fall gesondert untersucht. Ebenso können die Beschlüsse des Bischofskonzils zu diesen Fragen nicht als Präzedenzfälle für spätere Urteile gegen andere Kleriker angesehen werden. Die Verabschiedung neuer Grundsätze für die Lösung solcher Situationen sollte auch, so wird eigens vermerkt, keinen Einfluss auf die Zunahme ihrer Zahl haben. ●

Kirche setzt regimekritischen Erzbischof in Belarus ab

Moskau/Minsk Die russisch-orthodoxe Kirche hat einen regimekritischen Erzbischof in Belarus seines Amtes enthoben. Das Moskauer Leitungsgremium, der Heilige Synod, habe den Erzbischof von Grodno und Wolkowysk, Artemij Kischtschenko (69), aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt, teilte die Kirche in Moskau und Minsk mit. Damit sei man einer entsprechenden Bitte des belarussischen Exarchats gefolgt. Der Geistliche hatte im Sommer 2020 die Wahlfälschung zugunsten des autoritären Machthabers Alexander Lukaschenko verurteilt. Die Kirche dürfe nicht gleichgültig sein, hatte er gesagt. Die Verantwortlichen müssten „für all die Fälschungen, für den Betrug niederknien“, so Artemij damals. Zu seinem Nachfolger ernannte die Kirchenführung den Bischof von Slutsk, Antonius Walentinowitsch (40). Im November hatte sich die belarussisch-orthodoxe Kirche vom langjährigen Leiter ihrer Informationsabteilung, Erzpriester Sergej Lepin, getrennt, nachdem sich Lukaschenko öffentlich über regimekritische Äußerungen des Geistlichen auf dessen privater „Facebook“-Seite beschwert hatte. Der Geistliche hatte beklagt, dass Sicherheitskräfte einen privaten Gedenkort für einen offenbar durch Polizisten ums Leben gekommenen Mann zerstört hätten. „Wozu dieses satanische Stampfen auf Lampen und Ikonen“, fragte er. Der als „Europas letzter Diktator“ geltende 66-Jährige forderte seine Leute auf, gegen den Kirchenmann vorzugehen. Die Generalstaatsanwaltschaft warnte ihn anschließend. Bereits im September ersetzte das Moskauer Patriarchat überraschend den Minsker Metropoliten Pawel durch den Belarussen Benjamin. Auch damit soll die Kirche Lukaschenko entgegengekommen sein. ●

167 russisch-orthodoxe Geistliche an Covid-19 gestorben

Moskau In Russland sind nach Angaben des Moskauer Patriarchats bisher 167 orthodoxe Geistliche an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben.

Wie die zuständige Arbeitsgruppe der russisch-orthodoxen Kirche über die Chat-App „Telegram“ weiter mitteilte, gab es allein in der Vorwoche zwei neue Todesfälle. 101 infizierte Geistliche würden aktuell medizinisch behandelt. Seit Beginn der Pandemie seien insgesamt 4.950 Priester und Ordensbrüder erkrankt. ●

Orthodoxe Ökumene und Autokephalismus

Athen Ein Altmeister orthodoxer Theologie in Griechenland, Christos Giannaras, hat sich nun ebenfalls im Disput um die neue *autokephale* Kirche der Ukraine und die Ekklesiologie des *Autokephalismus* überhaupt zu Wort gemeldet. Er sieht die eigentliche heutige Kraft und Berufung des Ökumenischen Patriarchats darin, dass es „auf einem jahrhundertlangen Weg des Martyriums, unter Strömen von Blut und dem Wehklagen unzähliger Opfer jeder weltlichen Macht. Pracht und Herrschaft beraubt wurde“. Seine verbliebene Größe verkörpere sich nicht in Zahlenstärke und Quantität, sondern in seiner Echtheit, beständiger Qualität und Vertrauenswürdigkeit. Die russische Theologie habe erst geläuterte Höhen erreicht, als sie aus dem goldenen Käfig zaristischer Staatsraison ins karge westliche Exil verbannt worden sei. Dasselbe gelte für die Verinnerlichung des Phanars in der Bedrängnis der spätosmanischen Christenmassaker, allgemeiner Religionsfeindlichkeit unter Atatürk, des Istanbuler Pogroms von 1955 und des heutigen Islamisierungsdrucks bis hin zu Erdogans Rückwandlung der *Hagia Sophia* zur Moschee. Die Entwicklung *autokephaler* Kirchen auf staatlicher Grundlage beurteilt Giannaras grundsätzlich negativ. Es handle sich um ein Abgehen vom orthodoxen Ökumeneverständnis zugunsten von Verstaatlichung und Verweltlichung. Noch das serbische und bulgarische Patriarchat im Mittelalter hatten sich ökumenisch und nicht staats- oder nationalkirchlich verstanden. Der gegenteilige Weg habe mit der russischen Autokephalie von 1448 begonnen und sei über eine *autokephale* Inflation im 19. und 20. Jahrhundert bei der heutigen Spaltung der Orthodoxie über dem ukrainischen Kirchenstatus angelangt. ●

Führungsanspruch bekräftigt

Bartholomaios I. deutet nächste Autokephalie in Mazedonien an

Von Heinz Gstrein

Istanbul Der Ökumenische Patriarch der Orthodoxie, Bartholomaios I., hat am 11. Juni sein Namensfest so zeremoniell und anspruchsvoll wie noch nie begangen. Die Vesper am Vorabend wurde im Marienkloster zur Lebensspenden Quelle vor den Mauern des alten Konstantinopel gefeiert. Dabei ernannte der Patriarch seinen Studienkollegen in München 1967/68 und späteren Professor an der Universität von Saloniki, Panagiotis Ladas, zum Ehrenamt eines „Rechtspflegers des Ökumenischen Thrones“. Zwei Chöre aus Galizien und der Umgebung von Kiew brachten im Klosterhof anschließend fröhliche Namenstagsständchen für Bartholomaios. An seinem „Hof“ ist die ukrainische Präsenz immer stärker zu spüren.

Tags darauf überraschte Bartholomaios I. in der Patriarchenkathedrale *Hagios Georgios* nach der eucharistischen Liturgie mit einer großangelegten Programmrede. Er brachte darin seine Entschlossenheit zum Ausdruck, die allorthodoxe Sendung des Ökumenischen Patriarchats nicht nur beizubehalten, sondern entschlossen weiterzuführen. Dieses Selbstverständnis des Phanars ist seit seinem Beistand für die der kirchlichen Vorherrschaft Moskaus müde gewordenen ukrainischen Orthodoxen scharfer russischer, aber auch serbischer Kritik ausgesetzt. Als Antwort darauf rief Bartholomaios zu einer „dialogischen Orthodoxie“ mit dem Konstantinopler Patriarchen als Primas auf und berief sich dafür für auf ein Zeugnis, das dahingehend der frühere Patriarch von Antiochia, Ignatios IV., 2008 bei der Zusammenkunft (*Synaxis*) orthodoxer Kirchenoberhäupter abgelegt hatte.

Dann ging Bartholomaios auf den ersten konkreten interorthodoxen Kontroverspunkt ein, die Zuständigkeit in der Diaspora. Während Russen, Serben und auch Rumänen ihre Gläubigen als Emigranten weiter durch die Mutterkirche betreuen wollen,

nimmt Konstantinopel die Auswandererseelsorge – wie auch die Mission – global für sich in Anspruch. Auch dabei berief sich der Ökumenische Patriarch wieder auf Ignatios IV. Hazim. Dieser hatte zur Entsendung eines Diasporabischofs nach Frankreich die Zustimmung des Phanars eingeholt. Dabei war Ignatios IV., ehemaliger Mitarbeiter der prosovjetschen „Christlichen Friedenskonferenz“ und Inhaber des russischen „Freundschafts-Ordens“, sicher kein Gegner des Moskauer Patriarchats. Er hielt jedoch der orthodoxen Kirchenstruktur die Treue. Sein Nachfolger Johannes X. hingegen ist ein Hauptgegner jeder Führungsrolle des Phanars.

Als ihr Anwalt sieht sich Bartholomaios. Das sei keine Anmaßung, sondern ein oft schmerzlicher Dienst. Die Außenstehenden sähen das als Vorrechte und vergäßen die Sorgen und Leiden des Erzbischofs von Konstantinopel um die gesamte Orthodoxie: „Die Pflichten unseres Thrones sind nicht verhandelbar. Wir dürfen uns ihrer nicht entledigen.“ Mit anderen Worten unterstrich der Patriarch das von ihm schon wiederholt Gesagte: „Die ukrainische *Autokephalie* ist eine vollendete Tatsache!“

Dann ging der Ökumenische Patriarch aber noch weiter und deutete weitere Schritte wie in der Ukraine an. Er werde „unglückliche Konzessionen einiger seiner Vorgänger im vergangenen Jahrhundert“ nicht gestatten. Diese hätten den Traum einer Einheit verfolgt, der aber weit von der authentischen und alten Ekklesiologie entfernt war: „Wir werden nicht zulassen, dass umgestürzt wird, was Ehrwürdiges die Göttliche Vorsehung für den Thron von Konstantinopel bereitet hat.“

Von Beobachtern der Patriarchenrede wurde das als Bezugnahme auf die Abtretung der slawisch-

mazedonischen Diözesen 1920 an das serbische Patriarchat verstanden. Das sei damals ein Fehler des Ökumenischen Patriarchats gewesen, der wieder gutgemacht werden müsse. Im Phanar wird daher jetzt mit einer baldigen Gewährung der schon eingebrachten Bitte der Mazedonischen Orthodoxen Kirche um ihre *Autokephalie* unter Lösung von Belgrad gerechnet.

Als einziges anderes Patriarchat neben Jerusalem, das ein ständiges Exarchat in Istanbul – wie auch in Moskau – unterhält, war beim Namensstag von Bartholomaios jenes Georgiens durch Bischof Melkisedek Chattschidze von Margveti und Ubisa vertreten. Er hat nach der Wende in Athen Theologie studiert. Von 2009 bis 2014 Bischof von Hereti in Ostgeorgien, vertrat er den georgischen Patriarchen Ilia II. schon 2011 in Istanbul bei der Bischofsweihe von Metropolit Elpidoforos Lambriniadis, dem heutigen griechisch-orthodoxen Erzbischof der US-Diaspora. Seine jetzige Anwesenheit im Phanar, mitten in der interorthodoxen Krise um dessen ukrainische *Autokephalie*, bedeutet aber den Versuch der georgischen Kirche, sich zwischen Konstantinopel und Moskau neutral zu verhalten.

So hatte Ilia II. erst am 7. Juni eine Delegation der moskautreuen Ukrainischen Orthodoxen Kirche empfangen. Metropolit Antonij Pakanic von Borispol, der noch in der Roten Armee gedient hatte, informierte den georgischen Patriarchen über die „tatsächliche Lage“ in der Ukraine, hatte dann aber noch eine Aussprache unter vier Augen mit Patriarchen-Koadjutor Schio Mudschirij. Dieser Träger des Namens eines der 13 syrischen „Apostel Georgiens“ ist ebenfalls in Russland geschult und gilt als Freund des führenden Moskauer kirchlichen Außenpolitikers Metropolit Hilarion Alfejew, mit dem ihn musikalische Begabung und Ausbildung verbinden.

Dadurch, dass vier Tage später im Phanar Bischof Melkisedek zwar dem Ökumenischen Patriarchen gratulierte, aber nicht mit ihm und vor allem dem *autokephal*-ukrainischen Erzbischof Antonij Zorja von Tschernihiw und Nischyn konzelebrierte, son-

dern nur von einem Bischofsthron dabei liturgisch mitwirkte (*Chorostasia*), hoffte die georgische Kirche offensichtlich der vom Moskauer Patriarchat gegen alle mit dem Phanar und seiner Jurisdiktion in Kiew konform gehenden Orthodoxen ausgesprochenen Exkommunikation gerade noch zu entgehen. Es bleibt abzuwarten, wie sich nun das obendrein durch die Frage der abchasischen und südossetischen Orthodoxie belastete kirchliche Verhältnis zwischen Tbilissi und Moskau weiter entwickeln wird.

Keine Zweifel gibt es unterdessen daran, dass die vom Phanar erhoffte Aufwärtsentwicklung seiner Autokephalkirche in der Ukraine hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die erwartete Abwanderung von Bistümern und Gemeinden der von Moskau nur „autonomen“ Ukrainischen Orthodoxen Kirche zur durch Konstantinopel geschaffenen *Autokephalen* Orthodoxen Kirche der Ukraine“ ist fast völlig ausgeblieben. Hingegen mehren sich innerhalb der neuen Kirchenstruktur Auseinandersetzungen zwischen Bischöfen des früheren „Patriarchats Kiew“ und der „Autokephalkirche“, deren Jurisdiktionen sich jetzt überschneiden. So sind zwei von ihnen in Charkiw und sogar gleich drei im Bereich von Ternopil in der Westukraine angesiedelt. Dazu kommt allgemeine Kritik an einer unentschlossenen und zu wenig energischen Kirchenführung durch Metropolit Epiphanius Dumenko. Dieser war auf Wunsch des früheren Kiewer „Patriarchen“ Filaret und des ukrainischen Altpräsidenten Petro Poroschenko an die Spitze gestellt worden, nachdem sich der aussichtsreichste Kandidat, Erzbischof Michail Zinkevic von Lutsk, zurückgezogen hatte.

Dieser wurde jetzt aber bei Bartholomaios unmittelbar vor dem Namenstag überraschend auf dessen Heimat- und Erholungsinsel Imbros an den Dardanellen vorstellig. Nach offiziell allerdings unbestätigten Informationen soll er Epiphanius mit einem Vogel Strauß verglichen haben, der den Kopf in den Sand steckt. Michail Zinkevic appellierte an den Ökumenischen Patriarchen, bei seinem Besuch der Ukraine Ende August deren *autokephale* Kirche zu mehr Agilität anzuhalten. ●

Von Anachoreten zu Zönobiten

Orthodoxe Theologie im deutschsprachigen Raum

Von Athanasios Vletsis und Barbara Hallensleben

Stuttgart Lange waren wir orthodoxe Theologinnen und Theologen im deutschen Sprachraum Anachoreten, Einsiedler – nun tun wir einen Schritt zum Zönobitentum, zum gemeinschaftlichen Arbeiten und zur öffentlichen Präsenz. So umschrieb ein orthodoxer Teilnehmer der online-Tagung an der Akademie Stuttgart-Hohenheim vom 10. bis 12. Juni die Entwicklungen. Vor gut 40 Jahren wurden an staatlichen Universitäten in Deutschland die ersten Lehrstühle für orthodoxe Theologie gegründet, die von Orthodoxen selbst besetzt wurden (Münster 1979: Anastasios Kallis; München 1984: Theodor Nikolaou). Nun ist die orthodoxe Theologie in Deutschland, Österreich und der Schweiz mit mehreren Dutzend promovierten oder gar habilitierten Theologinnen und Theologen vertreten, unter anderem in München, Münster, Wien, Bern und Fribourg. Seit 1995 bietet die Ausbildungseinrichtung für Orthodoxe Theologie an der LMU München ein vollständiges Studium in orthodoxer Theologie an, als einzige Institution dieser Art im gesamten westeuropäischen Raum neben dem *Institut St. Serge* in Paris.

Die Zeit für eine Kooperation all dieser akademischen Theologen und Theologinnen war reif, ja sie erwies sich als Notwendigkeit in der orthodoxen Diaspora, die allein in Deutschland mit gut zwei Millionen Gläubigen eine fest verankerte Größe in der Landschaft der christlichen Kirchen darstellt. Die Gründung des „Arbeitskreises orthodoxer Theologinnen und Theologen im deutschsprachigen Raum“ (im Folgenden: AK) erfolgte in Wien im Februar 2020. Seine erste Fachtagung richtete nun die Katholische Akademie der Diözese Rotenburg-Stuttgart aus. Sie hat Erfahrungen mit ähnlichen Veranstaltungen, und Vladimir Latinovic, Mitglied des AK und Mitarbeiter der Akademie, konnte sehr gut in enger Kooperation mit der Ausbildungseinrichtung für Orthodoxe Theologie an

der Universität München die Vorbereitungen koordinieren. Zur Tagungsleitung gehörten weiterhin: Erzpriester Stefanos Athanasiou (Fribourg), Anna Briskina-Müller (Halle), Priester Ciprian Burlacoiu (München), Yauheniya Danilovich (Münster), Assaad Elias Kattan (Münster), Priester Ioan Moga (Wien) und Athanasios Vletsis (München). Die Anmeldung von gut 100 Teilnehmenden bestätigt das Interesse für die Sache der orthodoxen Theologie. Sie waren nicht nur aus den deutschsprachigen Ländern, sondern auch aus anderen Ländern bis hin nach Russland zugeschaltet.

Bestandsaufnahme

Die Organisatoren wollten bewusst bei ihrer ersten Tagung alle wichtigen Themen aufgreifen, die nicht nur innerhalb der orthodoxen Familie Stoff für Streitgespräche liefern, sondern auch die Verbindung der orthodoxen Theologie mit der katholischen und der evangelischen Theologie sowie generell den Ort des religiösen Lebens im öffentlichen Leben betreffen. In diesem Sinn war der Titel der Tagung „Quo vadis, orthodoxe Theologie?“ Programm: Eine aufrichtige Bestandsaufnahme, die eigene Arbeitsaufgaben offen und selbstkritisch benennt, half den Teilnehmenden, sich ein vollständiges Bild nicht nur von der Situation der Orthodoxen Kirchen in ihren traditionellen Heimatländern Ost- und Südosteuropas zu verschaffen, sondern auch von der Geburt einer „westlichen Orthodoxie östlicher Identität“, wie Marina Kiroudi das Axiom bekräftigte, das bereits Anastasios Kallis formuliert hatte.

Als erstes Problem wurde die Konfrontation der Orthodoxie mit der Moderne und Postmoderne thematisiert. Stimmt es wirklich, dass orthodoxe Christen und Kirchen in ihren Heimatländern

keine Aufklärung erlebt haben? Kann orthodoxe Theologie weiterhin nach dem Motto „Zurück zu den Kirchenvätern“ arbeiten, wie Mitte des 20. Jahrhunderts Georges Florovsky das Proprium orthodoxer Theologie beschrieben hat? Assaad Elias Kattan sorgte mit seiner schonungslos kritischen Wahrnehmung dieses Weges für lebhaft Diskussionen. Der Weg einer Synthese zwischen Christentum und Hellenismus, generell die Suche nach einer „Synthese“, sei nicht kompatibel mit der Präsenz der Orthodoxie in unserer postmodernen Welt, so Kattan.

Einen anderen selbstkritischen Blick in die Vergangenheit unternahm Athanasios Vletsis mit der Prüfung des „synodalen Weges“ der Orthodoxie und der Diagnose einer Versuchung zum „Synodalismus“. Der in seiner Sicht „unvollendete Weg“ mit dem Panorthodoxen Konzil (Kreta 2016) könne gegenwärtig nicht weitergeführt werden wegen der innerorthodoxen Krise, die durch die Anerkennung der „Orthodoxen Kirche der Ukraine“ durch das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel 2018 ausgelöst wurde. Diese Situation habe nicht nur mit dem Leben der *autokephalen* Kirchen zu tun, auch wenn die Ausprägung eines nationalen Bewusstseins in vielen Orthodoxen Kirchen den Weg des Miteinander oft erheblich erschwere. Fehlende Mechanismen für eine panorthodoxe Anerkennung der *Autokephalie*, gepaart mit einer nur sehr vagen, ja oft widersprüchlichen und sicherlich nicht verbindlichen Auffassung von Synodalität, behindern die Orthodoxen Kirchen auf ihrem Weg im dritten christlichen Jahrtausend. Vletsis griff einen bekannten Satz von Karl Rahner auf, um eine neue ökumenische Perspektive der Theologie vorzuschlagen: „Die Zukunft der Kirche wird ökumenisch sein oder sie wird nicht sein“ – das gelte auch für die Synodalität.

Die ökumenische Dimension scheint jedenfalls für die Orthodoxen Kirchen besser im deutschsprachigen Raum zu gelingen, wie die Mitwirkenden eines ökumenisch besetzten Panels bestätigten: der katholische Magdeburger Bischof Gerhard Feige, die evangelische Theologin Miriam Rose (Jena) und Stefanos Athanasiou, suchten gemeinsam un-

ter Leitung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), Erzpriester Radu Constantin Miron, nach Wegen einer Krisen-Bewältigung in Corona-Zeiten. Der ACK-Vorsitzende zeigte in seinem Statement die vielfältigen, auch pastoralen Perspektiven einer guten Kooperation orthodoxer Christen in der ökumenischen Landschaft in Deutschland auf.

Religionsunterricht

Einen starken Akzent setzte die Tagung bei der Entwicklung des orthodoxen Religionsunterrichts in der Schule, dargelegt durch die Religionspädagoginnen Yauheniya Danilovich (Münster) und Marina Kiroudi (orthodoxe Referentin in der Ökumenischen Centrale der ACK in Frankfurt). Ein flächendeckendes Angebot des orthodoxen Religionsunterrichts ist noch keineswegs erreicht, da nur etwa ein Prozent der recht zahlreichen orthodoxen Schülerinnen und Schüler erreicht werden. Und doch trägt die gute Kooperation mit Fachkollegen aus der evangelischen und katholischen Theologie bereits gute Früchte, wie etwa der Berliner Religionspädagoge Henrik Simojoki (evangelisch) versicherte. Erfahrungen in Österreich wurden durch Miroljub Gligoric präsentiert, und Maria Brun berichtete aus der Schweiz.

Die gute ökumenische Vernetzung mit ihren Kolleginnen und Kollegen von anderen theologischen Traditionen vermittelten glaubwürdig die orthodoxen Teilnehmer eines Panels, die die Perspektiven der akademischen Theologie im akademischen Diskurs unter die Lupe nahmen. Der Vorsitzende der Ausbildungseinrichtung in München, Konstantin Nikolakopoulos, bekräftigte mit der Formel „Glaube und forsche“ sein Plädoyer für eine enge Bindung des akademischen Diskurses an das kirchliche Leben. Anna Briskina-Müller (Halle) machte auf die Spannungen aufmerksam, die orthodoxe Theologinnen und Theologen auszuhalten und zu integrieren haben, insofern sie oft ihre Doktore an Fakultäten evangelischer oder katholischer Prägung erworben haben und zugleich ihr eigenes Profil entwickeln müssen. Die Spannung zwischen

Glauben und Vernunft/Wissen, zwischen akademischer Theologie und kirchlichem Leben, dürfe nicht zu einer Dichotomie führen, wie alle bestätigten: Lesen, Beten und Denken gehörten zusammen, betonte Briskina-Müller, auch unter Verweis auf die Weisheit der Wüstenvätern der alten Kirche.

Ökumenische Kommentare

Die Kommentare der Beobachter und Beobachterinnen aus der evangelischen und katholischen Theologie (Ingeborg Gabriel, Wien; Barbara Hallesleben, Fribourg; Andreas Müller, Kiel; und Henrik Simojoki, Berlin) bekundeten eine starke Solidarität mit ihren orthodoxen Kolleginnen und Kollegen und bestätigten, dass die thematisierten Spannungen auch im Kontext der anderen Theologien nicht unbekannt sind. Der Dialog der Theologie mit anderen Wissenschaften kann als Erweiterung des eigenen Horizonts und als Herausforderung aufgefasst werden, den christlichen Glauben diskursiv darzulegen, was letztlich auch dem Auftrag der Kirche gerecht wird. Auch der interreligiöse Dialog solle künftig stärker einbezogen werden. Im Rahmen der Tagung war auch ein Vertreter der syrischen Kirche und Theologie eingeladen, vom Studium dieser alten „dritten christlichen Tradition“ (neben der griechischen und der lateinischen) im westlichen Kontext zu berichten. Der Beitrag von Aho Shemunkasho, der in Salzburg syrische Theologie doziert, öffnete unausgelotete Perspektiven für die innerorthodoxe Ökumene. Die institutionelle Integration dieser uralten christlichen Theologie hat offensichtlich im deutschsprachigen Raum noch einen langen Weg vor sich. Die wachsende Zahl von Gläubigen der orientalischen orthodoxen Kirchen lässt jedoch hoffen, dass ihre Präsenz auch im akademischen Leben stärkere Aufmerksamkeit finden wird.

Wiederholt wurde dieselbe Grunderfahrung thematisiert: Orthodoxe Theologinnen und Theologen bleiben aufgrund fehlender Strukturen immer noch vielerorts vereinzelt. Von ihnen wird meist erwartet, dass sie auf der einen Seite akademische Experten für ihr Fachgebiet sind, zugleich aber die

Talente von „Allroundern“ mitbringen und zu allen orthodoxen Themen Stellung nehmen können. So wiederum setzen sie sich dem Vorwurf aus, „dilettantisch“ zu agieren. Im positiven Sinne kann diese Herausforderung zu der Befähigung führen, als orthodoxe Theologinnen und Theologen „Brückenbauer“ (Moga) zu sein: zwischen theologischen Disziplinen, zwischen kirchlichen Traditionen, zwischen dem deutschsprachigen Raum und den orthodoxen Heimatländern. Diese Vermittlungsarbeit könnte auch für die traditionellen Heimatländer der Orthodoxie eine Dynamik auslösen, die gewisse Stereotype der Vergangenheit überwinden hilft.

Die Kräfte bündeln

Der neue AK nährt die Hoffnung, dass der Weg vom Anachoreten- zum Zölibitentum nicht mehr lang sein wird. Der AK ist schließlich nicht das einzige „*Koinobion*“ für orthodoxe akademische Theologie. Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen von anderen westlichen Theologien bieten ihnen Raum und Möglichkeiten einer akademischen Gemeinschaft. Die „Gesellschaft für das Studium des christlichen Ostens“ (GSCO), bei der viele Orthodoxe ebenfalls Mitglieder sind, wird ein stets freundschaftlicher Partner bleiben, wie ihr Vorsitzender Thomas Kremer (Eichstätt) bestätigte. Schließlich geht es nicht darum, die Kräfte der nicht gerade zahlreichen Expertinnen für den christlichen Osten zu zersplittern, sondern sie zu einigen, damit der Reichtum dieser Tradition besser beleuchtet wird. Christen haben nicht zuletzt gelernt, dass erst ihre Gemeinschaft sie glaubhaft macht. Die orthodoxe Theologie im deutschsprachigen Raum hat sich bei der Stuttgarter Tagung als in sich sehr plural, als kreativ und ökumenisch offen erwiesen. Nach ihrer zumindest 40-jährigen Wanderung wollen die Mitglieder nicht mehr als Diaspora-Gemeinde verstanden werden. Selbst wenn sie noch nicht das gelobte Land gefunden haben sollten, so möchten sie doch zu einem „Post-Diaspora-Leben“ (Athanasiou) wechseln. Nach der ersten bereichernden Erfahrung dürfen wir uns auf die weiteren Initiativen des AK freuen. ●

Griechenland erhöht Standards für künftige Kleriker

Athen Die griechische Regierung bereitet ein Gesetz vor, das für alle künftigen Kleriker der Orthodoxen Kirche von Griechenland ein vor ihrer Weihe abgeschlossenes theologisches Hochschulstudium zur Voraussetzung macht. Zugleich sollen die bestehenden vier höheren „Priesterschulen“ auf zwei reduziert werden. Zweck der Neuregelung ist eine Anhebung der Klerusausbildung auf europäische Standards. Zudem soll auch das Überangebot an Kandidaten für die Anstellung als Diakon oder Priester gebremst werden, das seit Beginn der griechischen Finanz- und Sozialkrise 2010 eingesetzt hat. Angesichts der allgemeinen Arbeitslosigkeit wurden die früher generell abschätzig beurteilten kirchlichen Ämter als sichere Posten aufgewertet. Noch dazu, da die Orthodoxie für sie keinen Zölibat zur Auflage macht. Bisher hatte es in Griechenland vier Kategorien von Geistlichen gegeben: Erster Klasse mit Theologiestudium an einer staatlichen Universität, zweite Kategorie der Absolventen eines Theologischen Seminars, drittens Abiturienten einer Priesterschule und schließlich Diakone und Priester mit sechsklassiger Volksschule. Letztere hatten danach bei einem Pfarrer „in die Lehre“ zu gehen, durften allerdings nicht Beichten hören, sondern nur vor der Kommunion Absolutionen erteilen. Auch das Predigen war ihnen untersagt, weshalb in den meisten Dorfkirchen mobile Diözesanprediger in mehrwöchigem Turnus die Kanzeln bestiegen. Diese unterste Klasse von Klerikern war schon fast ausgestorben, hatte aber in der Krise neuen Zulauf erhalten. ●

Koptenpapst für Feiertag der Heiligen Familie in Ägypten

Kairo Der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II. hat vorgeschlagen, den Gedenktag des Einzugs der Heiligen Familie nach Ägypten (1. Juni) zu einem nationalen Feiertag zu machen. Das Fest sei „ein Grund für Freude, Gnade und Segen für uns alle“, sagte er laut der Zeitung „*Al-Ahram*“ bei einer kirchlichen Feier im Kairoer Vorort Maadi. Die dortige

Marienkirche wird als eine der Stationen der Heiligen Familie auf ihrem Weg durch Ägypten verehrt. Gott habe Ägypten auserwählt und mit diesem Ereignis gesegnet, so Tawadros. Er schlug zudem vor, die Geschichte über den Zug der Heiligen Familie als „religiöses und nationales Ereignis“ in die schulischen Lehrpläne aufzunehmen. 2003 hatte das Land bereits das orthodoxe Weihnachtsfest (7. Januar) als landesweiten Feiertag eingeführt. Das Kirchenoberhaupt dankte Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi, Ministerpräsident Mustafa Madbuli und weiteren Beteiligten für die Entwicklung eines Pilgerwegs auf den Spuren der Heiligen Familie. Die Restaurierung aller archäologischen Stätten entlang der Route sei inzwischen abgeschlossen. Tawadros bezeichnete den Pilgerweg als großen Erfolg, durch den die Reise durch Ägypten auf die globale religiöse Landkarte integriert werden solle. Der zum orthodoxen Weihnachtsfest offiziell eröffnete Pilgerweg führt laut Medienberichten in 25 Stationen über 3.500 Kilometer durch elf ägyptische Regierungsbezirke. Neben einer Förderung des religiösen Tourismus soll das Projekt örtliche Gemeinden wirtschaftlich unterstützen. Zu seinen Stätten gehört u.a. eines der ältesten bewohnten Klöster, das Al-Muharrak-Kloster südlich von al-Qusair im Regierungsbezirk Assiut. Erbaut wurde es über einer Höhle, in der laut koptischer Tradition die Heilige Familie sechs Monate und zehn Tage verweilte. ●

Chaldäische Bischöfe tagen im Irak

Ankawa Die allgemeine Lage im Irak sowie die Lage der irakischen Kirche waren das Thema des ordentlichen Treffens der chaldäischen Bischöfe am Sommersitz des Patriarchats in Ankawa. Im Blick auf die für den 10. Oktober geplanten Parlamentswahlen beschlossen die Bischöfe unter Vorsitz ihres Patriarchen, Kardinal Louis Raphael I. Sako, Kleriker daran zu hindern, sich in die Wahlkampagnen einzuschalten, heißt es in einer Mitteilung der katholischen Ostkirche. Ferner legten die Bischöfe fest, dass am 27. Juni in allen Diözesen zeitgleich eine Messe für den Frieden im Nahen Osten gefeiert werde. ●

Dröge: Sanktionen gegen Syrien überdenken

Berlin Ein Überdenken der deutschen Sanktionen gegen Syrien hat der Vorsitzende der Evangelischen Mittelost-Kommission, der frühere Berliner Bischof Markus Dröge, gefordert. Derzeit behinderten die Sanktionen gegen die Regierung von Präsident Assad auch die Arbeit von Hilfsorganisationen, sagte Dröge bei einer Veranstaltung mehrerer christlicher Organisationen zur Situation der Christen im Nahen Osten in der Katholischen Akademie Berlin. „Die Sanktionen gegen Syrien führen dazu, dass sich deutsche Banken weigern, Hilfgelder an Partnerorganisationen zu überweisen“, so Dröge. „Sie fürchten, selbst sanktioniert zu werden.“ Zudem dürften Hilfgelder nicht zum Aufbau von Infrastruktur genutzt werden. Dröge appellierte an die Bundesregierung, „genauer hinzuschauen“. Es müsse möglich sein, nach bestimmten Kriterien Wiederaufbau zu leisten. „Es muss dieses zerstörte Land wieder aufgebaut werden, damit Frieden herrschen kann und auch Christen den Mut haben, dort zu bleiben.“

Der Flüchtlingsbeauftragte der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland, Erzpriester Elias Esber, sagte, die Christen seien die Ureinwohner Syriens. „Wir waren vor dem Islam da“, sagte Esber. „Das ist unser Land, unsere Kultur, unsere Sprache.“ Paulus sei auf den Straßen von Damaskus gelaufen. Das vergesse man oft. „Wir werden immer behandelt wie eine Minderheit“, sagte Esber. „Wir müssen überall um Hilfe bitten.“ Esber beklagte, die europäischen Hilfen gingen stets in Flüchtlingslager in der Türkei oder im Libanon. Die in Syrien lebenden Christen erhielten dagegen nichts. Ihm selbst sei es kaum möglich, seinem Bruder in Syrien 50 Euro zu überweisen, weil auch dies durch die Sanktionen verhindert werde. „Syrien ist zu einem Land der Tränen geworden.“

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Maria Flachsbarth (CDU), wies die Forderung, Sanktionen aufzuheben im Namen der Bundesregierung entschieden zurück. „Das Problem ist, dass wir im Weltsicher-

heitsrat keine Mehrheit haben, die den Frieden in Syrien will“, sagte Flachsbarth. „Russland als Mitglied des Weltsicherheitsrates will etwas anderes als die EU.“ Die Sanktionen seien die einzige Möglichkeit die Beteiligten an den Verhandlungstisch zu holen, so Flachsbarth. Deutschland habe über UN-Organisationen vier Milliarden Euro in Syrien investiert. Man arbeite aber nicht mit NGOs oder Kirchen in Gebieten Syriens zusammen, die von Assad beherrscht werden.

Bischöfe überreichen Appell

Bei der Veranstaltung überreichten drei orthodoxe Bischöfe einen schriftlichen Appell an Flachsbarth, in dem sie ihre „große Sorge“ über die Lage in Syrien zum Ausdruck brachten. „Darum appellieren wir an die politisch Verantwortlichen, die Lage ernst zu nehmen und einen Weg zu finden, wie man die Christen in Syrien unterstützen kann, und zwar nicht, weil sie Christen sind, sondern weil ihr Verbleib in dieser Region von großer Bedeutung ist“, heißt es in dem zweiseitigen Text. Erzbischof Philoxenus Mattias Nayis von der Erzdiözese der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland, Metropolit Isaak Barakat von der Orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland und Mitteleuropa sowie Bischof Serovpé Isakhanyan, Primas der Armenisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche in Deutschland, betonten, damit die Christen in Syrien bleiben könnten, müssten sie eine Perspektive haben. Mit militärischem Engagement allein seien in dieser Region der radikale Islam und totalitäre politische Strukturen nicht zu überwinden, betonten die Bischöfe. Es müssten Institutionen und Gemeinschaften erhalten bleiben und unterstützt werden, „die trotz immer wieder aufkommender Verfolgung für einen friedlichen Dialog eintreten und sich für ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Bekenntnisse stark machen“. Das gelte nicht nur für die Menschen in Syrien, sondern auch für diejenigen im Irak und im Libanon. *(Siehe die Dokumentation in dieser Ausgabe, S. XI-XII) ●*

Evangelische Kirchen in Österreich streben „Verwaltungsunion“ an

Graz Die evangelisch-lutherische (A.B.) und die evangelisch-reformierte (H.B.) Kirche in Österreich sollen in Verwaltungsangelegenheiten stärker zusammenwachsen. Dies beschlossen die Delegierten der evangelischen Generalsynode in Graz, wie die österreichische katholische Nachrichtenagentur „Kathpress“ berichtet. Mehrere Ausschussgremien seien damit beauftragt worden, eine Novellierung der entsprechenden kirchenrechtlichen Bestimmungen auszuarbeiten. „Wir gehen den Weg einer Verwaltungsunion, aber nicht den Weg einer unierten evangelischen Kirche“, betonte Synodenpräsident Peter Krömer. Mit der verstärkten Integration der Kirchen A.B. und H.B. in der Kirche A.u.H.B. soll ein gemeinsames Kirchenamt A.u.H.B. geschaffen werden, das für die Gesamtkirche, aber auch für die beiden einzelnen Kirchen zuständig sein sollte, erläuterte Krömer. Verändern soll sich auch die Zusammensetzung des Oberkirchenrats A.u.H.B. Darüber hinaus werde erwogen, nur mehr ein gemeinsames Kirchenpresbyterium für strategische Fragen einzusetzen.

Verändert werden auch die Kompetenzen zwischen den Bekenntnissynoden und der Generalsynode, deren Aufgabenbereich sich erweitert. Bekenntnisfragen sollen bei den Synoden der jeweiligen Kirchen bleiben, ebenso die Kompetenz über den Einzug des Kirchenbeitrags. Geistliche Amtsträgerinnen und Amtsträger werden künftig bei der Evangelischen Kirche A.u.H.B. angesiedelt sein. Konkrete Gesetzesvorschläge soll der Rechts- und Verfassungsausschuss der Generalsynode bis zur nächsten Sitzung im Dezember erarbeiten. Dann haben die Pfarrgemeinden die Möglichkeit zur Begutachtung. Der Synode werden die Gesetzesentwürfe in einem Jahr zur Abstimmung vorgelegt.

Die Synoden sind die höchsten gesetzgebenden Organe der beiden Evangelischen Kirchen. Ihnen gehören gewählte geistliche und weltliche Vertreterinnen und Vertreter aus ganz Österreich an. In ihrer Funktion als „Kirchenparlamente“ kommen sie in der Regel zweimal im Jahr zusammen. Die Generalsynode besteht aus den rund 60 Mitglie-

dern der Synode A.B., sieben Mitgliedern der Synode H.B. sowie drei Vertreterinnen und Vertretern von Arbeitszweigen der Landeskirche. ●

Bischöfin Fehrs: Machotum in evangelischer Kirche nimmt ab

Hamburg Die evangelische Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs stellt weniger Machotum in ihrer Kirche fest. „Früher gab es oft den Bischof, der einem die Welt erklärt“, sagte sie der Wochenzeitung „Die Zeit“: „Heute gibt es auch in der evangelischen Kirche eine ganz neue Generation von Männern, die auf Diversität setzt und Teamarbeit.“ Schlimmer als Dominanzgehabte finde sie Eitelkeit. „Auch Menschen im Pfarramt sind nicht davor gefeit, sich zu sehr für ihre Wirkung zu interessieren“, so die Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck. In der evangelischen Kirche gebe es immer noch zu wenig Frauen in leitenden Ämtern. Sie selbst habe sich aber nie benachteiligt gefühlt. „In der evangelischen Kirche gilt das Prinzip des Priestertums aller Glaubenden“, erläuterte Fehrs. „Die Kirchenlehre ist nicht gesetzt, sondern entwickelt sich immer neu, das Evangelium ereignet sich im Dialog – so zumindest die Theorie.“ In der Praxis müssten manche Themen indes wieder und wieder bearbeitet und Positionen unter Umständen verlassen werden. In Führungsämtern brauche es manchmal den Mut, eine Linie aufzuzeigen und Zustimmung abzufragen. Fehrs ging auch auf die Rolle der Kirche in der Corona-Pandemie im Gegensatz zur Wissenschaft ein. In der Gesellschaft habe es zunächst einen „virologischen Imperativ“ gegeben, sagte Fehrs. „Wir haben uns sehr auf die Ansteckungszahlen fokussiert. Die seelischen Qualen wurden erst später gesehen.“ Hier sprach die Bischöfin weiterhin von einer Aufgabe für die Kirche. Den Reformator Martin Luther sieht Fehrs nach eigenen Worten ambivalent. Er sei sowohl „mutiger Erneuerer der Kirche“ als auch „Verfasser jüdenfeindlicher Schriften“, so die Theologin. „So sehr mich das eine prägt, so sehr setzt mich das andere auf Distanz. Er ist eine Figur voller Spannungen.“ ●

Licht in das Grauen

Peter Schäfer bietet einen luziden Crashkurs Antisemitismus

Von Anselm Verbeek

„Kritik an Israel – und wo sie antisemitisch wird“. Gerade in Deutschland, Land der Täter des Genozid an den europäischen Juden, ist das eine hoch sensible Frage. Sie wird immer wieder brandaktuell, wenn der latente Kriegszustand im Kampf um Jerusalem in offene Gewalt umschlägt. Peter Schäfer hat mit seiner „Kurzen Geschichte des Antisemitismus“ einen eindrucksvoll kompakten Überblick zur Geschichte der Judenfeindschaft vorgelegt. Der renommierte Judaist, der sonst eine unaufgeregt wägende Sprache bevorzugt, redet hier Tacheles: Kritik am Staat Israel ist „legitim“. Aber sie endet in antisemitischer Polemik da, wo dem jüdischen Staat das Existenzrecht abgesprochen wird (S.272).

Der Schwerpunkt des Buchs liegt in der Geschichte, auch wenn es eine Übersicht bietet bis zum heiß umstrittenen Israelboykott BDS. Doch der Leser wird mit Staunen gewahr, dass die fundamentalen Anwürfe des Antisemitismus bereits in der Bibel überliefert sind und bis in das Perserreich rückdatieren: die wunderbare Rettung des auserwählten Volkes durch Ester, seine schöne und kluge Tochter; sie gewinnt die Gunst des Großkönigs und vereitelt eine politische Konspiration, die ganz Israel vernichtet hätte: Artaxerxes war eingeflüstert worden, dass allein die Juden, abgesondert durch ihre Gesetze, wie ein Fremdkörper in seinem Vielvölkerstaat lebten, „gegen alle Menschen ... feindselig“.

Peter Schäfer entdeckt schon im 5. Jahrhundert v.Chr. einen radikal antisemitischen Ausrottungswillen (S.25). Und nicht erst in der christlichen Antike, wo unter dem Eindruck des am weitesten verbreiteten Evangelium nach Matthäus „den Juden“ eine kollektive Schuld am Mord des Gottessohns angelastet wurde und ihnen das hellenistisch inspirierte, spät entstandene Johannesevangelium

„den Teufel zum Vater“ unterstellte. Schäfer beginnt seine Geschichte des Antisemitismus in der vorchristlichen Antike. Aber er betont, dass die Judenfeindschaft durch die christliche Theologie ethno-religiös verstärkt wurde.

Bevor der Autor in das bedrückende Kontinuum von zweieinhalbtausend Jahren Antisemitismus einsteigt, trägt er zur Begriffsklärung bei. Schäfer folgt dem üblichen Wortgebrauch „für alle ausgeprägten Formen von Juden Hass und Judenfeindschaft von den Anfängen bis zur Gegenwart“ (S.9), obwohl der Ausdruck erst im 19. Jahrhundert geprägt wurde, als der christliche Antijudaismus durch den pseudowissenschaftlichen Anstrich einer Rassenlehre gesteigert und schließlich Grundlage der Naziideologie wurde.

Antisemitismus gilt Peter Schäfer als „offenes System“ mit breitem Variantenspektrum. Der Judaist, der auch katholische Theologie studiert hat, entwirft ein spannendes Bild, wie der innerjüdische Streit zwischen Christusanhängern und traditionsverhafteten Juden nach Zerstörung des Jerusalemer Tempels (70 n.Chr.) eskalierte und seit der konstantinischen Reichskirche zur Bedrohung des Judentums heranwuchs. Unrühmliche Rollen als Hassprediger spielten Kirchenväter wie Chrysostomus und Ambrosius; der Bischof von Mailand drängte den Kaiser, die christlichen Brandstifter von Synagogen nicht zu bestrafen.

Auch Augustinus wirkte am verzerrten Image von den Juden mit. Er nennt sie „Wölfe“ und die „Mörder Christi“. Aber der Bischof predigt nicht die physische Vernichtung. Er findet eine Bibelstelle, mittels deren Exegese er die bedrohte Minderheit unter „Denkmalschutz“ stellt. Einen Psalmvers „Töte sie nicht, damit mein Volk nicht vergisst“ legt er aus: Christen dürfen die Juden nicht als den „Rest

Israels“ verfolgen, damit das neutestamentliche Gottesvolk an seine Herkunft erinnert wird (S.94). Gottlob hat Augustinus‘ Deutung Papst Gregor der Große übernommen und einen theologischen Schutzschild für das Mittelalter geschaffen.

Der Autor widmet ein Kapitel auch der „jüdischen Polemik gegen das Christentum“ – ein Nebenthema. Die christlichen Dogmen werden in den Dreck gezogen: aus der Jungfrau und Gottesmutter Maria wird eine Ehebrecherin, die sich mit einem römischen Legionär eingelassen hat; der Gottessohn zum Bastard, der als Magier mit Zauberticks Gefolgschaft gewinnt (S.82); die Auferstehung wird zum Schwindel. Nach dem Talmud zählt Jesus zu den übelsten Feinden des Judentums, der dazu verdammt ist, in der Hölle zu schmoren (S.155).

Eine Parodie auf das Leben Jesu und Christentum ist die spätantike Schrift „*Toledot Jeschu*“; Luther hat sie ins Deutsche übersetzt. Doch bekannt ist die Polemik bereits im frühen Mittelalter. Das selbstbewusste Auftreten von neu etablierten jüdischen Gemeinden, von karolingischen Wirtschaftsförderern aus der *Méditerranée* an die Handelswege von Rhone und Rhein gezogen, erboste Kirchenmänner. Agobard, Bischof von Lyon, warnte vor Juden, die öffentlich den Erlöser „lästern“. Theologische Rivalität und Sozialneid auf die zugezogenen Handelsherren trieben Agobard in Opposition zur kaiserlichen Politik.

Aber kann man deshalb allgemein von einer „aus kirchlicher Sicht verfehlten Judenpolitik“ sprechen (S.133), wenn ein Ortsbischof in Gegensatz zur Aachener Machtzentrale der Karolinger geriet? Die Reichskirche wurde von Benedikt von Aniane gelenkt, dem wichtigsten Berater des Kaisers und zweiten Gründer des Benediktinerordens. Ludwig trieb eine der Kirche ergebene Politik, weshalb der Sohn Karls des Großen in die von Mönchen verfassten Chroniken mit dem Beinamen „der Fromme“ einging. Dennoch: der Familienzweist zwischen dem Judentum und seiner ungeliebten Tochter vergiftete das ganze christliche Mittelalter, wie die blutigen Pogrome infolge der Kreuzzüge grell beleuchten.

Ein Fixpunkt der rechtlichen Ausgrenzung gegen die „Wucherer“ war das Laterankonzil 1215. Der christliche Antijudaismus ist eine durchgängige Linie im „finsternen Mittelalter“, von beklemmender Kontinuität. Peter Schäfer hat streng und bravourös aus der Faktenfülle ausgewählt, um seinen Parforce-Ritt über Abgründe des Antisemitismus zu meistern. Bei so viel Dunkel in einer zuletzt furchtbar gescheiterten Beziehung – wäre da nicht ein Lichtblick von konstruktiver Kraft gewesen? Etwa der berühmte Rabbi Raschi, der in Mainz und Worms studiert, dort während der Kreuzzug-Pogrome Angehörige verloren und in Troyes eine Talmudschule aufgebaut hatte, die auch christliche Exegeten konsultierten.

Die „Kurze Geschichte des Antisemitismus“ bietet klare Einsichten in das dunkle Kapitel der christlich-jüdischen Geschichte. Zu Recht betont Schäfer, dass jüdische Existenz in islamischen Staaten weit weniger gefährdet war als in christlichen Kulturen (S.114ff.). Souverän setzt er die Wegmarken durch das Schreckenslabyrinth der Nazizeit, wenn er Hitler aus seiner berüchtigten Reichstagsrede am 30. Januar 1939 zitiert: Der Massenmörder, der bereits die Kriegsflagge in der Hand hält, warnt das „internationale Finanzjudentum ...“, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen“, dessen „Ergebnis... die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ sein werde (S.252).

Kaum verhüllt hat Hitler seine „Endlösung“, die *Schoah* bereits vor Kriegsausbruch angekündigt. Im gleichgeschalteten Reich wirkten die Lügen der Propaganda von der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung, auch wenn die systematische Ausgrenzung der jüdischen Mitbürger aus dem gesellschaftlichen Leben im Alltag den Deutschen ein konträres Bild bot. – Peter Schäfer hat für ein breites Publikum sein erhellendes Buch geschrieben, dem nur ein möglichst großer Leserkreis gewünscht werden kann. ●

Peter Schäfer, Kurze Geschichte des Antisemitismus. München (C.H.Beck) 2020, 335 Seiten, 26,95 Euro Hardcover oder 19,99 Euro e-Book

Begegnung gegen Feindbilder

Jüdisch-muslimisches Bildungswerk setzt auf Miteinander

Von Anna Fries

Ingelheim/Mainz Peter Waldmann blickt gerne zurück: „Noch vor wenigen Jahren war der Austausch zwischen jüdischen und muslimischen Gemeinden in Deutschland selbstverständlich und das Verhältnis sehr positiv“, sagt der Literaturwissenschaftler. Er ist Jude und war lange Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Waldmann erinnert sich an enge Kontakte zum türkischen Konsulat und uneingeschränkte Solidarität von Juden und Muslimen nach rassistischen Anschlägen in den 1980er und 1990er Jahren.

Seit damals sei das Verhältnis schlechter geworden, inzwischen problematisch, sagt Waldmann. Dieser Entwicklung wollten er und Imam Mustafa Cimsit – zugleich Gründungsvorsitzender der Schura Rheinland-Pfalz, Landesverband der Muslime – etwas entgegensetzen. Die beiden Freunde gründeten 2019 das jüdisch-muslimische Bildungswerk Maimonides mit Sitz in Rheinland-Pfalz. Namensgeber ist der einflussreiche mittelalterliche jüdische Gelehrte Moses Maimonides, der im 12. Jahrhundert in Kairo lebte.

„Wir beide erleben, dass die Stimmung in muslimischen Gemeinden problematisch geworden ist – und umgekehrt das Misstrauen gegenüber Muslimen in jüdischen Gemeinden gewachsen ist“, sagt Waldmann. Maimonides organisiert Vorträge, Workshops und setzt vor allem auf persönliche Begegnungen. Denn wer nichts über den anderen weiß, dem bleiben vor allem Vorurteile. Kommen dazu Hass und Wut, kann es gefährlich werden. „Wenn in muslimischen Gemeinden ein leibhaftiger Jude auftaucht und mit den Menschen spricht, wirkt das, auch gegen Feindbilder“, sagt Waldmann. Umgekehrt gebe es Muslimen Sicherheit und Vertrauen, dass mit Cimsit ein Imam an Bord ist.

Bei den Gesprächsrunden gehe es zuweilen hoch her, unterschiedliche Meinungen trafen aufeinander.

„Wir sind alle nicht ohne Vorurteile, Fragen, Diskussionsbedarf“, betont Waldmann. Schwierigkeiten zu verdrängen, bringe nichts. Maimonides wolle vielmehr ermöglichen, Konflikte in einem institutionalisierten Raum auszutragen.

Eine offene Haltung will das Bildungswerk an Engagierte und Mitarbeiter in Kitas, Jugendeinrichtungen, Gemeinden und Vereinen weitergeben und hat dazu das Projekt „Couragiert!“ initiiert. Der Bund und die rheinland-pfälzische Landesregierung unterstützen das Projekt. Bis 2024 will Maimonides Trainer ausbilden, die dann wiederum selbst Workshops in Gemeinden oder Vereinen anbieten, erklärt die pädagogische Leiterin Misbah Arshad.

Das Konzept: In sieben Fortbildungseinheiten lernen die Teilnehmer Islam und Judentum kennen, beschäftigen sich mit Jugendkultur, mit Antisemitismus und Rassismus gegen Muslime. Weiter soll es vor allem um Selbstreflexion gehen. „Wir wollen die Teilnehmer nicht mit Wissen überschütten, sondern blinden Flecken und festgefahrenen Bildern im Kopf auf den Grund gehen“, sagt Arshad. Der Kurs startet im September in Mainz.

Jüdisch-muslimische Initiativen wie die von Maimonides gibt es einige in Deutschland: Stammtische, Kulturtage, eine Akademie, ein Thinktank, Gesprächsformate und Tandems, die sich als jüdisch-muslimisch beschreiben und bei denen sich Juden und Muslime miteinander und füreinander einsetzen. „In den Medien stellt sich das oft anders dar“, sagt Arshad. „Vieles, was das jüdisch-muslimische Alltagsleben in Deutschland betrifft, ist nicht sichtbar.“ Vielmehr dominierten Konflikte – allen voran der Nahostkonflikt. So entstehe in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck, das Verhältnis von Juden und Muslimen sei hauptsächlich schwierig.

Um „große Politik“ – wie Waldmann es nennt – soll es bei Maimonides gerade nicht gehen, auch wenn sie die Arbeit spürbar beeinflusse, sagt Waldmann. Vielmehr wolle Maimonides bewusst machen, dass die aktuellen Konflikte zeitgebunden seien. „Es gab sehr produktive Beziehungen von Juden und Muslimen“, betont Waldmann.

So hätten deutsche Juden als bedeutende Islamwissenschaftler eine positive Einschätzung zum Islam geprägt. Zugleich seien Juden im Orient lange als Gelehrte wertgeschätzt worden – mehr als zur gleichen Zeit in Europa. Dieses Wissen könne dazu beitragen, optimistisch an der Zukunft zu arbeiten. ●

Neue Empfehlungen für Umgang mit Antisemitismus an Schulen

Berlin Bund, Länder und Zentralrat der Juden in Deutschland haben Empfehlungen zum Umgang mit Judenfeindlichkeit in Schulen vorgelegt. Die praxisorientierten Ratschläge sollten über „Wurzeln und Ausprägung von Antisemitismus aufklären“, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), Britta Ernst (SPD), in Berlin nach einer Tagung der Kultusministerkonferenz. Judenfeindlichkeit dürfe nicht geduldet werden und ohne Folgen bleiben, forderte Brandenburgs Bildungsministerin.

Zentralratspräsident Josef Schuster bemängelte, dass Lehrkräfte zumeist keine Ausbildung für den Umgang mit Antisemitismus hätten. Es gehe zunächst darum, Judenfeindlichkeit „zu erkennen und angemessen zu reagieren“. Solche Vorfälle müssten klar benannt und dürften nicht „aus falscher Scham vertuscht“ werden, warnte Schuster. Er sprach sich auch dafür aus, Juden nicht nur als Opfergruppe in der Zeit des Nationalsozialismus darzustellen, sondern auch deren erheblichen Einfluss auf Kultur und Gesellschaft Deutschlands. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, rief dazu auf, die Darstellung jüdischen Lebens auch in Schulbüchern zu überprüfen. So werde der Alltag in Israel teilweise „verzerrt“ dargestellt. Der Antisemitismusbeauftragte des Landes Berlin, Samuel Salzborn, erklärte, die wachsende Gewaltbereitschaft von Antisemiten mache sich auch an den Schulen bemerkbar. Zwar äußere sich Antisemitismus dort zumeist als „niedrigschwellige Diskriminierung“. Wenn es dagegen keinen Widerspruch gebe, könne es eine „Eskalationsspirale“ begünstigen, warnte Salzborn.

Der hessische Kultusminister Ralph Alexander Lorz betonte, dass das Problem des Antisemitismus

„in der Corona-Zeit mit antisemitischen Verschwörungstheorien“ noch drängender geworden sei. Vor diesem Hintergrund seien die neuen Empfehlungen ein „Meilenstein“. Hamburgs Schulsenator Ties Rabe (SPD) wertete sie als wichtige „Impulse“ für Lehrkräfte, die zumeist nicht von der Notwendigkeit des Kampfes gegen Antisemitismus überzeugt werden müssten. Der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Ludwig Spaenle (CSU), nannte den Judenhass „ein Krebsgeschwür in der demokratischen Gesellschaft“, egal ob er rechtsextremistisch-rassistisch, linksextremistisch-antiisraelisch oder islamistisch motiviert sei. ●

Projekt „Tora ist Leben“ beginnt

Erfurt/Mühlhausen Bei einer öffentlichen Niederschrift von Teilen der hebräischen Bibel können Interessierte am 16. Juni im thüringischen Mühlhausen zuschauen. Dann lädt das Projekt der Kirchen „Tora ist Leben“ erstmals zu einem Vorort-Termin ein, wie die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) in Erfurt ankündigte. Anlass ist das Themenjahr „Neun Jahrhunderte jüdisches Leben in Thüringen“. In dessen Rahmen schenken die EKM und das Bistum Erfurt der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen eine Tora-Rolle, die im Laufe des Themenjahrs an verschiedenen Orten von Rabbiner Reuven Yaacobov von Hand geschrieben wird. Für Eisenach, Jena, Nordhausen und Erfurt können noch Termine für Workshops vor den Sommerferien gebucht werden. Sie richten sich an Schülerinnen und Schüler der 6. bis 12. Klassen und sind unentgeltlich. ●

Altbundespräsident: Islamkolleg ist Signal der Anerkennung

Osnabrück Am 15. Juni beginnt offiziell die Ausbildung von Imamen in Deutschland, finanziert vom deutschen Staat. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte der Altbundespräsident und Kuratoriumsvorsitzende des „Islamkolleg Deutschland“ (IKD), Christian Wulff, die Gründung der Einrichtung sei nach dem islamischen Religionsunterricht ein „logischer weiterer Schritt“ und „neben seiner großen Bedeutung für das Land auch ein Signal an die Muslime der Anerkennung und Gleichberechtigung“. „Unabhängig ausgebildete islamische Theologinnen und Theologen für muslimische Gemeinden in Deutschland mitten unter uns in deutscher Sprache und auf dem Boden des Grundgesetzes auszubilden war längst überfällig“, sagte der CDU-Politiker.

„Ich sehe, dass sich nicht nur die junge Generation in vielen Gemeinden wünscht, dass sie in Deutschland und in deutscher Sprache ausgebildete Imame und Gemeindemitarbeiterinnen hat“, zeigte sich Wulff zuversichtlich, dass die Imame auf Akzeptanz stoßen. „Es eröffnet ganz neue Möglichkeiten für Seelsorge, Öffentlichkeitsarbeit und interreligiösen Dialog.“ Er wisse, dass sich „immer mehr türkischstämmige Deutsche gegen eine übergriffige Art der Einmischung verwahren und ihren eigenen Weg gehen wollen“, sagte der frühere Bundespräsident mit Blick auf Spannungen mit dem deutsch-türkischen Verband Ditib. Sitz des IKD ist Osnabrück. „Dort hat das gute Miteinander von Christen, Muslimen und Juden eine lange Tradition, auch im Geiste des Westfälischen Friedens“, sagte Wulff.

Filiz Polat, Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion für Migrations- und Integrationspolitik, bezeichnet das neue „Islamkolleg Deutschland“ als wegweisend. „Mit der finanziellen Unterstützung des Kollegs setzt der scheidende Bundesinnenminister nach seinem missglückten Start zu Beginn der Legislaturperiode ein wichtiges Signal in die muslimische Community“, sagte Polat, die seit Februar Mitglied im Kuratorium der neuen Ausbildungsstätte für muslimische Geistliche ist, der Zeitung mit Blick auf Horst Seehofer (CSU). „Der

Start ist ein großer Schritt in Richtung einer eigenständigen, von den Herkunftsstaaten unabhängigen Ausbildung von Imamen in Deutschland.“ Schon jetzt gebe es zahlreiche Anfragen aus dem EU-Ausland zu dem Projekt, so Polat. Für die Ditib, die kürzlich ein eigenes Ausbildungszentrum in der Eifel gegründet hatte, werde das Projekt in Osnabrück „eine große Konkurrenz sein“. ●

Umfrage: Mehrheit wünscht sich differenzierten Umgang mit Islam

Hamburg Die Mehrheit der Deutschen hat offenbar eine differenzierte Sicht auf den Islam und seinen Platz in der Gesellschaft. Das hat das Institut für Demoskopie Allensbach in einer repräsentativen Umfrage herausgefunden, wie die Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtet. 65 Prozent der Befragten finden es danach richtig, dass das Recht auf freie Religionsausübung für Muslime genauso gilt wie für Christen und Angehörige anderer Religionen; 18 Prozent schließen sich dieser Meinung nicht an. 28 Prozent der Deutschen nehmen den Islam als Bedrohung wahr, eine Mehrheit von 63 Prozent gibt dagegen an, dass nur von bestimmten Gruppen innerhalb des Islam eine Bedrohung ausgehe, während 5 Prozent gar keine Bedrohung sehen. Geht es um die Einschätzung terroristischer Gewalt durch Täter, die behaupten, im Namen des Islam zu handeln, vertreten 24 Prozent der Befragten der Meinung, dass diese Gewalt fest mit dem Islam verbunden sei. Noch weniger (14 Prozent) meinen, dass diese Gewalt nichts mit der Religion zu tun habe. Nach der Umfrage unterstützen zudem drei von vier Befragten ein generelles Verbot der Vollverschleierung. Eine knappe Mehrheit (53 Prozent) befürwortet ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren. Die Umfrage wurde laut den Angaben in der ersten Maihälfte im Auftrag der Alice-Schwarzer-Stiftung, der Giordano-Bruno-Stiftung und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung durchgeführt. Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte dazu eine repräsentative Stichprobe von 1.027 Personen. ●

Papst mahnt Reiche: Nicht abstrakt über Armut reden

Vatikanstadt Papst Franziskus kritisiert eine zunehmende Auffassung, arme Menschen seien nicht nur Schuld an ihrer Lage, sondern stellen eine wachsende Belastung dar. „Exzessive Formen sozialer und moralischer Unordnung“ brächten „immer neue Formen von Armut hervor“, so das Kirchenoberhaupt in seiner Botschaft zum 5. Welttag der Armen. Der von Franziskus ins Leben gerufene Aktionstag wird dieses Jahr am 14. November begangen und steht unter dem Leitwort „Die Armen habt ihr immer bei euch“.

„Oft lehren uns die Armen Solidarität und Teilen“, schreibt der Papst. Daher müssten arme Menschen in die Lage versetzt werden, etwas geben und bei-

tragen zu können. Im Grunde sollten besonders die individualistischen und wohlhabenden Gesellschaften des Westens einräumen, dass sie oft unfähig seien im Umgang mit Armen. „Wir reden abstrakt über sie, bleiben bei Statistiken stehen und meinen, mit Dokumentarfilmen könnten wir die Herzen von Menschen bewegen“, kritisiert Franziskus. Armut sei Ergebnis „objektiver Verantwortung“, kein bloßes Schicksal, betonte Kurienerzbischof Rino Fisichella bei der Vorstellung des Textes. Für eine greifbare Antwort an die Millionen Armen, die nicht nur Gleichgültigkeit, sondern Zurückweisung erlebten, braucht es laut Franziskus Entwicklungsmodelle, die Fähigkeiten und Teilhabe aller Beteiligten stärken. ●

Tobias Jammerthal (30), Assistent für Kirchengeschichte an der evangelischen Augustana-Hochschule in Neuendettelsau erhält am 26. Juni den internationalen Melancthonpreis 2021 der Stadt Bretten. Er wird für Forschung über den Reformator, Humanisten und Universalgelehrten Philipp Melancthon (1497-1560) geehrt, wie die Europäische Melancthon-Akademie Bretten mitteilte. Jammerthal habe mit seiner Doktorarbeit eine grundlegende Studie zum Abendmahls-Verständnis Melancthons vorgelegt, so die Jury. Der Theologe befasste sich demnach mit der Art und Weise der Präsenz Jesu Christi in den Elementen Brot und Wein. Er zeige erstmals, dass Melancthons Abendmahlstheologie von Kontinuität bestimmt sei. Seine Forschung sei von großer Tragweite für aktuelle ökumenische Debatten. Der mit 7.500 Euro verbundene Preis wird seit 1988 alle drei Jahre vergeben.

Wolfgang Huber (78), ehemaliger Berliner Bischof und Ratsvorsitzender der EKD, erhält die „Luther-Rose 2021 für gesellschaftliche Verantwortung und Unternehmer-Courage“ der Internationalen Martin Luther Stiftung (IMLS) „für sein Lebenswerk als herausragender Theologe und Kirchenmann“. Die Auszeichnung soll am 20. November im Rahmen der 14. LutherKonferenz der IMLS in Berlin über-

reicht werden, die Laudatio hält Ellen Ueberschär, Vorstand der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung. Die Stiftung begründet ihre Entscheidung mit Hubers „nachhaltigem Beitrag für einen sachorientierten, streitbaren und fairen Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft“. Auch sein Werben für einen Brückenschlag zwischen evangelischer Amtskirche und evangelikaler Bewegung, sein „unermüdliches Engagement für die Bewahrung und Erneuerung deutscher und internationaler Kultur sowie seine in christlicher Ethik gegründete politische Verantwortung“ sollten gewürdigt werden.

Enzo Bianchi, Gründer der ökumenischen Gemeinschaft von Bose in Norditalien, verlässt nach jahrelangem Streit das Kloster. Laut italienischen Medienberichten siedelt der 78-Jährige in eine von Freunden zur Verfügung gestellte Unterkunft nahe Turin um. Zuvor hatte er sich – trotz einer entsprechenden Anordnung des Vatikan – lange geweigert, seine Kommunität in Norditalien zu verlassen (vgl. *KNA-ÖKI* v. 9.3.21). Anfang März verlangte Papst Franziskus erneut die Umsetzung des vatikanischen Beschlusses. Hintergrund des Streits in Bose sind Spannungen nach dem Übergang der Leitung auf den 2017 gewählten neuen Prior Luciano Manicardi. Um welche Vorwürfe gegen Bianchi es genau geht, wurde bisher nicht mitgeteilt. ●

Einladend und inspirierend

Beschluss der Westfälischen Landessynode zum Missionsverständnis

Die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen hat bei ihrer Frühjahrstagung in Bielefeld vom 30. Mai bis 2. Juni acht Thesen zu ihrem Missionsverständnis beschlossen. KNA-ÖKI dokumentiert den Text, der unter dem Titel „Einladend – inspirierend – evangelisch: Das Missionsverständnis der Evangelischen Kirche von Westfalen angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“ steht, im Wortlaut.

Mit diesen Thesen, entstanden in einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für Weltmission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung und des Ständigen Theologischen Ausschusses, legen wir Rechenschaft über unser Missionsverständnis ab. Wir fragen nach gegenwärtigen religionskulturellen Herausforderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen, klären den Auftrag der uns von Gott gegebenen Sendung im Dialog mit ökumenischen Partnern und ziehen Folgerungen für den Prozess der interkulturellen Entwicklung unserer Kirche.

I. Gottes Mission

Mission ist der „Herzschlag der Kirche“ (Eberhard Jüngel)[1]. Wir sind beauftragt, Menschen „die Wahrheit und Schönheit der christlichen Botschaft“ (EKD-Synode Leipzig 1999) vor Augen zu führen.

Als Evangelische Kirche von Westfalen wissen wir uns in die Mission Gottes (*missio Dei*) hineingenommen. Gott beauftragt und sendet uns. Diese Sendung gilt in ökumenischer Verbundenheit im eigenen westfälischen Kontext ebenso wie in der Gemeinschaft mit unseren Partnerkirchen in Afrika, Asien, Europa, Nord- und Lateinamerika. „Für das heutige Missionsverständnis unserer Kirche ist das weltweite wechselseitige Lernen wichtig.“[2]

Dankbar nehmen wir Impulse zur Mission aus der globalen Christenheit auf, vermittelt von unseren Partnerkirchen wie auch von den vielen durch Migration neu entstandenen Kirchen bei uns. Zugleich begegnen wir in unserer Gesellschaft vermehrt Menschen anderer Religionszugehörigkeit und Menschen, denen der Glaube nichts bedeutet oder die Religionen grundsätzlich ablehnen. Diese Situation fordert uns heraus, nach der Ausstrahlungskraft und der besonderen Botschaft zu fragen, die wir als evangelische Landeskirche für unsere Mitmenschen in der pluralen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts haben.

These 1: Mission geht vom dreieinigen Gott aus (missio Dei). Gott kommt in seinem Sohn und seinem Geist in die Welt. In Gottes Mission standen schon im Alten wie im Neuen Testament Menschen, die von ihm gesandt wurden. In dieser Mission stehen auch wir. Die Kirche lädt Menschen dazu ein, dem Wort Gottes zu vertrauen und sich seiner Gemeinde anzuschließen.

Die christliche Mission begann nicht mit den missionarischen Aktivitäten der christlichen Kirchen, sondern mit Gott selbst. Gott nennt „die Erde und was darinnen ist, den Erdkreis und die darauf wohnen“ sein Eigen. (Ps 24,1 – Luther 2017) Die Menschen hat er mit spezifischen Fähigkeiten begabt und damit beauftragt, gegenüber ihren Mitgeschöpfen eine besondere Rolle einzunehmen und die Schöpfung zu bebauen und zu bewahren. (1 Mos 1,28; 2,15)

Die Menschen aber verfehlen oft ihren spezifischen Auftrag. In der Bibel gibt es viele Erzählungen, die von verschiedenen Versuchen Gottes berichten, den Menschen einen Weg zurück zu ihm zu bereiten. Wir können sagen, dass es Gottes eigene Mission ist, Menschen davon zu überzeugen, zu ihm umzukehren, um mit ihm zu leben. In dieser Mission

sandte Gott seine Propheten zum Volk Israel. In der gleichen Mission sandte Gott seinen Sohn, Jesus Christus. Im Johannesevangelium sagt Jesus: „Denn so sehr hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen einzigen Sohn für sie hingab. Jeder, der an ihn glaubt, soll nicht verloren gehen, sondern das ewige Leben haben.“ (Joh 3,16)[3] Und er fügt hinzu: „Gott hat den Sohn nicht in die Welt gesandt, damit er sie verurteilt. Vielmehr soll er die Welt retten.“ (Joh 3,17).

Der Vater und der Sohn senden den Heiligen Geist, wie der Sohn dessen Kommen angekündigt hat: „Wenn der Beistand kommt, den ich euch vom Vater her sende, wird er mein Zeuge sein. Er ist der Geist der Wahrheit, der vom Vater kommt.“ (Joh 15,26)

Der Kern christlicher Mission liegt also in Gott selbst: Er sendet seinen eigenen Sohn und seinen Geist zur Menschheit, er wendet sich selbst an die Welt, die sich von Gott abgewandt hat, die ohne die Rückbindung an Gott verloren ist.

Wie der Begriff „Mission“ ist auch der Begriff „Evangelisation“ in der Bibel verwurzelt. Meint „Mission“ das umfassendere „Ausgesandtwerden“, so bezeichnet „Evangelisation“ konkreter das Bezeugen des Evangeliums von Jesus Christus. Am Ende des Matthäus-Evangeliums wird diese Aufgabe ausdrücklich formuliert: „Geht nun hin zu allen Völkern und ladet die Menschen ein, meine Jünger und Jüngerinnen zu werden. Tauft sie im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehrt sie, alles zu tun, was ich Euch geboten habe! Seid gewiss: Ich bin immer bei Euch, jeden Tag, bis zum Ende der Welt.“

Als evangelische Kirche verstehen wir es als unseren Auftrag, das Wort Gottes zu verbreiten. Wir predigen und laden Menschen dazu ein, dem Wort Gottes zu vertrauen und sich einer Gemeinde anzuschließen. Wir laden zu unseren Gottesdiensten ein und gestalten inspirierende Begegnungsmöglichkeiten mit der Fülle und Schönheit der biblischen Botschaft. Glaubwürdige Kommunikation des Evangeliums geschieht sowohl durch einzelne als auch in der öffentlichen Darstellung christlich profilierter Positionen. Dazu gehören auch ein

glaubwürdiges Handeln der Kirche als Institution und die Befähigung, im Sinne christlicher Grundüberzeugungen zu leben und in Gesellschaft und Welt Verantwortung zu übernehmen.

II. Die Herausforderung der modernen Gesellschaft: Evangelisch als eine Stimme unter vielen

Die evangelische Kirche von Westfalen vertritt die Überzeugung, dass alle Konfessionen und Religionen einen Beitrag zur positiven Veränderung der Gesellschaft leisten können und sollen. Im Einsatz für mehr Gerechtigkeit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen arbeitet sie selbstverständlich auch mit andersgläubigen Gemeinschaften oder religionslosen Menschen zusammen.

These 2: Der religiös-weltanschauliche Pluralismus in unserer Gesellschaft und in deren digitalen sozialen Netzen stellt unserer Kirche eine doppelte Aufgabe und gibt ihr die Chance: Vielfalt und Religionsfreiheit zu bejahen und zugleich das eigene evangelische Profil einzubringen und zu stärken, gemeinsam mit Menschen anderer Religion und Weltanschauung für Integration, Teilhabe und eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft einzutreten und den christlichen Glauben einladend in die Gesellschaft und die Welt hineinwirken zu lassen.

Zur positiven Würdigung der konfessionellen, religiösen und weltanschaulichen Vielfalt in Westfalen gehört die respektvolle Achtung der Freiheit anderer religiöser und weltanschaulicher Gewissheiten. Jeglicher Art von Zwang in Fragen des Gewissens und des Glaubens oder der religiösen Überzeugung ist zu wehren. Wie alle Kirchen und Religionsgemeinschaften ist auch die Evangelische Kirche von Westfalen herausgefordert, an einem guten und konstruktiven gesellschaftlichen Zusammenleben mitzuarbeiten.

Jeder Mensch soll die Möglichkeiten haben, frei und selbstbestimmt nach seinen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen zu leben, diese

öffentlich im Rahmen der für alle geltenden Gesetze zu vertreten und gegebenenfalls auch wechseln zu können. Wir als evangelische Kirche sind – gerade auch vor dem Hintergrund einer problematischen Geschichte der Kirchen in Europa – dankbar, dass dies in Deutschland für alle gesichert ist, und treten dafür ein, sich weltweit für die Religionsfreiheit als einen Kern der Menschenrechte zu engagieren. Jeder Mensch soll frei entscheiden dürfen, ob überhaupt und welcher Religion er folgen will.

In besonderer Weise hören wir von Notlagen und Verfolgungen von Christ*innen weltweit, beten für sie und unterstützen ihre Kirchen. Darüber hinaus fordern wir auch die deutsche Politik auf, diese Form der Menschenrechtsverletzung nicht nur im Blick auf Christ*innen als der weltweit am stärksten verfolgten Religionsgemeinschaft, sondern im Blick auf alle auf Grund ihrer religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung Verfolgten zu ächten.

Zugleich mit ihrem Beitrag zur positiven Veränderung der Gesellschaft ist unsere Kirche herausgefordert, ihr eigenes evangelisches Profil nicht im Gegenüber zum Pluralismus, sondern innerhalb der religiösen und weltanschaulichen Vielfalt einzubringen und zu entwickeln. Respekt und Religionsfreiheit gelten auch dann, wenn die Wahrheit des eigenen Glaubens infrage gestellt wird. Das führt zu einer bleibenden und im Pluralismus unauflösbaren Spannung, denn die Wahrheit des Glaubens ist – wie jede religiöse Wahrheit – immer eine existenzielle und perspektivisch gebundene. Sie ist eine Lebenswahrheit, die sich im individuellen und gemeinschaftlichen Leben des einzelnen Menschen bewähren und die individuell angeeignet werden will. Diese Wahrheit verständlich und ansprechend, einladend und inspirierend in den öffentlichen vielfältigen Diskurs und ins Gespräch mit den Mitmenschen einzubringen, bleibt Anliegen und Auftrag für jede und jeden einzelnen wie für die gesamte Evangelische Kirche von Westfalen.

Die zunehmende Digitalisierung verstärkt den gesellschaftlichen Pluralismus noch weiter. Religiöse und christliche Fragen und Themen werden an unterschiedlichen Orten und individuell diskutiert.

Kirchliche Verlautbarungen stoßen hier nur selten auf Resonanz. Für eine missionarische Arbeit im digitalen Raum steht die Evangelische Kirche von Westfalen vor der Aufgabe, auch in ihren eigenen Reihen Menschen zu gewinnen, die in sozialen Netzwerken zu Hause sind und zugleich Lust haben, als authentische Personen Diskussionen über christliche oder religiöse Themen zu führen. Sie gilt es zu schulen und seelsorglich zu begleiten und ihnen einen Pool von Themen, Positionen und Argumenten zur Verfügung zu stellen.

III. Inspirierende Weggemeinschaft: Voneinander lernen in weltweiter Perspektive

These 3: Als Lern- und Weggemeinschaft sind wir mit vielen Kirchen ökumenisch unterwegs – im Rahmen des Weltkirchenrats (ÖRK), der Konferenz Europäischer Kirchen, der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) und insbesondere mit den Mitgliedskirchen der Vereinigten Evangelischen Mission (VEM). In Begegnungen, im gemeinsamen Leben und Feiern sind wir verbunden und beschenken uns mit wechselseitigen Impulsen. Diese Verbundenheit bildet den globalen und ökumenischen Resonanzraum für unser missionarisches Wirken.

Beim Thema „Mission“ ist die Evangelische Kirche von Westfalen gemeinsam mit Kirchen unterwegs, mit denen sie eng verbunden ist. Besonders von den Kirchen, die einstmals durch deutsche Missionsgesellschaften begründet wurden, hat sie viel über Mission gelernt. Doch auch der Austausch mit evangelischen Partnerkirchen im Ausland, die als gesellschaftliche oder konfessionelle Minderheit ihren Glauben bezeugen, ist ausgesprochen anregend und fruchtbar.[4]

Sie alle bilden mit ihren je unterschiedlichen Erfahrungen sowie gesellschaftlichen und kulturellen Kontexten den globalen und ökumenischen Resonanzraum für die Frage nach dem missionarischen Selbstverständnis der Evangelischen Kirche von Westfalen. Am prägendsten für dieses Selbstverständnis ist wohl die Mitgliedschaft der Evan-

gelischen Kirche von Westfalen in der Vereinten Evangelischen Mission (VEM)/*United Evangelical Mission (UEM)*. [5]

Der große Erfolg der von der VEM im späten 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entsandten Missionare beruhte beispielsweise in Tansania darauf, dass es ihnen gelang, indigene Traditionen mit einer Einladung zum christlichen Glauben zu verbinden, ohne eine der beiden Seiten zur Aufgabe ihrer Identität zu drängen. So entstand ein Raum für mögliche und nötige Veränderungen.

These 4: Mission geschieht – gerade in kritischer Aufarbeitung ihrer wechselvollen Geschichte – dialogisch und partizipatorisch, partnerschaftlich und gleichberechtigt. Nur so begegnen sich Menschen als Subjekte ihrer eigenen Lebensführung, nur so kommt es zu echten Begegnungen und Gesprächen.

Mission im globalen Horizont heute verbindet Kirchen unterschiedlicher Kontexte in ihrem gemeinsamen Auftrag, Menschen die befreiende Kraft des Glaubens nahezubringen. Dies erfordert auch die kritische Aufarbeitung der wechselhaften Missionsgeschichte. Die Geschichte der VEM war auch eine Fortschreibung der europäischen Christentumsgeschichte in Afrika und Asien. Mit zunehmender Sensibilisierung für die Konsequenzen des Kolonialismus wurde auch diese eurozentrische Engführung deutlich. In interkulturellen Diskursen kamen auch latente Machtverhältnisse zutage und die begrenzten Möglichkeiten der kolonisierten Bevölkerung, für sich selbst zu sprechen.

Für die gemeinsame Mission heute ist es wesentlich, durch Vormachtstellung und Unrecht verursachte Unterdrückung und durch Diskriminierung und Ausgrenzung verursachte Verletzung der Menschenwürde gemeinsam in den Blick zu nehmen, zu benennen und aufzuarbeiten. Daraus kann die heilsame Kraft erwachsen, den tiefen inneren Zusammenhang von gemeinsamer missionarischer Verkündigung und einer ihr entsprechenden solidarischen Lebenspraxis zu begreifen und gemeinsam Verantwortung für die gerechte Gestaltung nach-

haltigen Zusammenlebens in Kirche und Gesellschaft heute wahrzunehmen.

Zugleich macht die gemeinsame Missionsgeschichte aber auch interkulturelle Zwischenräume sichtbar („*third spaces*“) [6], in denen sich die unterschiedlichen Kulturen begegnen, Räume, die wechselseitige Infragestellungen und Übersetzungen ermöglichen, in denen „hybride Kulturen“ entstehen mit neuen, gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beteiligten. Sie eröffnen neue Räume, in denen sich Menschen als Subjekte ihrer eigenen Lebensführung frei und offen füreinander als gleichberechtigte Partner*innen in der gemeinsamen Mission begegnen – dialogisch und partizipatorisch, partnerschaftlich und gleichberechtigt.

Die Evangelische Kirche von Westfalen nimmt die verschiedenen Impulse und Konzepte von Mission [7] gerne in ihr erneuertes Missionsverständnis auf. Im Sinne der Kundgebung der EKD Synode 1999 geht es ihr darum, „das Glaubenthema und den missionarischen Auftrag an die erste Stelle“ zu setzen und „dabei einer Vielfalt von Wegen und Konzepten Raum“ zu geben. Ihr ist an der Kooperation und gegenseitigen Ergänzung dieser unterschiedlichen Wege und Konzepte gelegen.

Mission heute vollzieht sich für die Evangelische Kirche von Westfalen in symmetrischen Verhältnissen von Menschen, die sich als Subjekte begegnen, also in einem echten Gespräch. Christ*innen, Gemeinden und die Kirche insgesamt leben mit anderen und Fremden zusammen (Konvivenz) [8]. Es geht um eine Lebens-, Lern- und Festgemeinschaft in bestimmten geschichtlichen, kulturellen und geografischen Kontexten. Hier entstehen Begegnungen, die dazu führen, dass Menschen sich selbst besser verstehen, weil sie einander zu verstehen suchen.

Mission kann nur im Bewusstsein erfolgen, dabei mit Menschen in Kontakt und ins Gespräch zu treten, die als Subjekte ihrer eigenen Existenz und Biografie betrachtet werden. Die erste und angemessenste Form von Mission im Sinne einer ver-

balen Kommunikation des Evangeliums ist dann das Gespräch.

Für die Evangelische Kirche von Westfalen stellt sich das Thema der Mission heute weniger im Blick auf ferne Länder als vielmehr im Blick auf die Menschen, die in Westfalen leben. Wie kommt eine evangelische Landeskirche ins Gespräch über den Glauben und überhaupt religiöse Erfahrungen, über Gottes- und Sinnsuche, über Lebenswahrheiten und Hoffnungen mit Menschen, die nicht an christlichen Gottesdiensten und an kirchlichen Veranstaltungen teilnehmen, die dem christlichen Glauben fern stehen oder nichts mit ihm anfangen können? Der gegenwärtige Wandel der eigenen Gesellschaft zu einer multi- und transkulturellen Realität bietet die Chance für die Evangelische Kirche von Westfalen, mit diesen Menschen das freie Gespräch über den christlichen Glauben im Kontext des gemeinsamen Lebens in der heutigen Gesellschaft zu suchen und zu führen. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte. Es gilt, die Menschen einzuladen, zu interessieren und involvieren – in aller Freiheit, sich selbst ein Bild über das zu machen, was Kirche anzubieten hat.

These 5: Auf dem Weg der interkulturellen Entwicklung unserer Kirche und in der Teilnahme an Gottes Mission ist es unser Auftrag, einladend und klar zu kommunizieren, woran wir glauben und wofür wir stehen: die Kommunikation des Evangeliums von der vielfältigen, bunten Gnade Gottes. Sie umfasst die Vielfalt von Lebenskonzepten und Lebensformen in der heutigen Gesellschaft.

Die Gesellschaft, in der die Evangelische Kirche von Westfalen existiert, ist von der Präsenz vieler Mitmenschen geprägt, die selbst oder deren Familien und Vorfahren aus anderen Ländern und anderen Kulturen nach Westfalen gekommen sind. Für viele gab und gibt es oft gar keine historische Erfahrung mit dem evangelischen Christentum und auch kaum Begegnungsmöglichkeiten. Die Evangelische Kirche von Westfalen hat gerade ihre Kernbotschaft und die geistliche Mitte ihrer Existenz oft in ihren Kirchenräumen behalten und insofern diejenigen

Mitmenschen in Westfalen, die an ihren Gottesdiensten und Veranstaltungen nicht teilnehmen, nicht als Mitmenschen wahrgenommen, die ebenfalls von religiösen Fragen und Suchbewegungen umgetrieben sind und die ihre geistlichen Erfahrungen haben, über die es sich lohnt, ins Gespräch zu kommen. Selbstkritisch bedauern wir, wenn unsere Kommunikation des Evangeliums von der vielfältigen, bunten Gnade Gottes (1 Petrus 4,10) insbesondere gegenüber Menschen aus anderen Kulturen, Ländern und Religionen in der Vergangenheit nicht immer gelungen ist.

Weltweit leiden Millionen Menschen sowie die mitgeschöpfliche Natur unter Abgründen von Gewalt, Unrecht und Ausbeutung. Gottes Mission öffnet uns verstärkt die Augen dafür, die Armen und Unterdrückten als Träger*innen ihres eigenen geistlichen, politischen und gemeinschaftlichen Wohlergehens anzuerkennen. Im Kreuz Christi macht Gott sich selbst verwundbar, die Geistkraft des Auferstandenen befreit uns, Gottes „Mission von den Rändern“ (*„mission from the margins“*) wahrzunehmen und uns durch sie transformieren zu lassen.[9] Daher sind wir bei der Kommunikation des Evangeliums berufen, Gottes bedingungslose Liebe in Wort und Tat zu verkörpern.

These 6: In der Verbundenheit der Vereinten Evangelischen Mission (VEM)/United Evangelical Mission (UEM) erleben wir partnerschaftliche und gleichberechtigte Gemeinschaft von Kirchen aus Afrika, Asien und Europa. Sie zeigt uns Möglichkeiten interkultureller Entwicklungen, bei denen es gelingt, vielfältige Traditionen mit einer Einladung zum christlichen Glauben so zu verbinden, dass alle Seiten ihr Selbstverständnis wahren.

Die VEM war von Anfang an international ausgerichtet und deshalb immer sehr gut über die Lebenslagen von Menschen in fernen Teilen der Welt informiert. In dem 1978 begonnenen Prozess *„United in Mission“* (UIM) hat sich die VEM als erste deutsche Missionsgesellschaft transformiert in eine internationale Gemeinschaft von Kirchen in drei Kontinenten mit dem Zweck gemeinsamen missionarischen Handelns ihrer Mitglieder. Mit der

ersten Vollversammlung 1996 trat ihre neue Verfassung in Kraft. Sie garantiert gleiche Rechte und Teilhabe aller Mitglieder in den Organen und Entscheidungsprozessen sowie im Blick auf das vollständig international vergemeinschaftete Vermögen der ehemals deutschen Missionsgesellschaft. Zur Finanzierung des gemeinsamen Auftrags tragen alle Mitglieder ihren jeweiligen Möglichkeiten entsprechend bei.

„Gemeinsam verkündigen sie Jesus Christus als Herrn und Heiland aller Menschen und stellen sich den gegenwärtigen missionarischen Herausforderungen. In einer zerrissenen Welt wollen sie Glieder des einen Leibes Christi bleiben und darum zu einer anbetenden, lernenden und dienenden Gemeinschaft zusammenwachsen, Gaben, Einsichten und Verantwortung teilen, alle Menschen zu Umkehr und neuem Leben rufen, im Eintreten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung das Reich Gottes bezeugen.“[10]

Das gemeinsame Leben, Lernen, Feiern und Beten innerhalb der VEM-Gemeinschaft geschieht durch Partnerschaftsprogramme, Nord-Süd- und Süd-Nord-Austausch von Mitarbeitenden, ökumenische Wohngemeinschaften auf Zeit, internationale Tagungen und Langzeitfortbildungen an Tagungsorten in Afrika, Asien und Europa. In den letzten Jahren wurde ein Konzept globalen Lernens in ökumenischer Perspektive (*Global Learning in Ecumenical Perspective* = GLEP) entwickelt. Missionarisches Leben und Arbeiten im Sinne von GLEP entfaltet sich in einem Setting der Vielfalt. In den jeweiligen Kontexten werden Herausforderungen und Chancen, Themen, Konzepte und Projekte ganzheitlicher Mission und Evangelisation gemeinsam identifiziert und erarbeitet. Das ermöglicht interkulturelle Entwicklungen, bei denen es gelingt, vielfältige Traditionen mit einer Einladung zum christlichen Glauben so zu verbinden, dass alle Seiten ihre Identität wahren und in wechselseitigem Respekt miteinander weiterentwickeln können.

These 7: Die im Internationalen Kirchenkonvent Rheinland-Westfalen zusammengeschlossenen Gemeinden inspirieren uns durch ihre lebendigen

Gottesdienste, ihre gelebte Spiritualität und nicht zuletzt durch ihre missionarische Ausrichtung. Für ökumenische Begegnungen sind interkulturelle „Zwischenräume“ nötig, die kulturelle Engführungen aufdecken und auch den Facettenreichtum des christlichen Zeugnisses widerspiegeln.

Für die interkulturelle Entwicklung der Evangelischen Kirche von Westfalen haben wir in den internationalen Gemeinden, die es zunehmend in den Ballungsräumen, aber auch in entlegenen Regionen gibt, inspirierende Gesprächs- und Erfahrungsorte.

Viele dieser Gemeinden sind aus der globalen Migration entstanden. Teilweise nutzen sie unsere landeskirchlichen Einrichtungen als Gottesdienstorte. Die im Internationalen Kirchenkonvent Rheinland-Westfalen zusammengeschlossenen Gemeinden verstehen sich als Teil des Leibes Christi und haben eine ökumenische Zusammenarbeit vereinbart.

Im Grunde setzen sie das fort, was das Christentum von Anfang an charakterisiert hat, nämlich transformative Inkulturationsprozesse. Einige Internationale Gemeinden pflegen die Traditionen ihrer Herkunftsländer und -kirchen oder sehen sich sogar als deren Missionsbasen. Bei anderen fällt die kulturelle und konfessionelle Prägung von ihren Herkunftsgemeinden unterschiedlich aus, was die Identität der jeweiligen Gemeinde bestimmt. Eine dritte Gruppe versteht sich, oft geprägt durch die bereits hier geborenen Generationen, zugleich als heimisch, international und überkonfessionell und bewegt sich in interkulturellen Zwischenräumen. Die zweite Generation der Migrationsgemeinden gehört zudem oft zur Generation der über 40-Jährigen und bietet somit möglicherweise Anknüpfungspunkte, um gerade die Generationen zu erreichen, die in unserer Kirche oft fehlen.

Schließlich gibt es noch die besonders in Westfalen zahlenmäßig sehr große Gruppe der russland-deutschen Aussiedler, die zum Teil zur Landeskirche gehören und zum Teil eigene Gemeinden bilden. Einen Sonderfall stellen die farsisprechenden Christ*innen dar: Sie haben in der Regel in den Landeskirchen eine Heimat gefunden. Für

persischsprachige Menschen, die in den letzten Jahren vermehrt nach Westfalen kamen und sich hier taufen ließen, werden Glaubenskurse angeboten, und es wurde ein persischsprachiger Seelsorger angestellt, der ihnen hilft, sich in die bestehenden Ortsgemeinden zu integrieren.

Viele der Internationalen Gemeinden sind zahlenmäßig klein und werden durch gemeinsame Migrationsgeschichten, Erfahrungen und Lebenssituationen zusammengehalten. Christlicher Glaube ist bei ihnen zentraler Bestandteil persönlicher Identität, der besonders in der Diaspora zu einem wichtigen Identifikationsfaktor wird.

Interkulturelle Begegnungen fordern uns zu konstruktiven Verhältnisbestimmungen und zum kontextuellen Theologisieren heraus. Die Lebendigkeit der Gottesdienste, die gelebte Spiritualität der Mitglieder, der Ausdruck von Emotionen, die Fähigkeit, über den Glauben zu sprechen, und die Herzlichkeit können ohne Zweifel zu ökumenischen Bereicherungen der eigenen Gemeinde- und Kirchenpraxis werden und es trotz mancher Unterschiede ermöglichen, gemeinsam Kirche zu sein.

Gelingende christlich-interkulturelle Begegnungen schaffen ekklesiologische Zwischenräume, die über historisch gewachsene und institutionelle Strukturen hinausgehen. Sie können helfen, die eigenen kulturellen und traditionellen Engführungen aufzudecken, und zugleich Gemeinden mit Migrationsgeschichte den Weg in den westlichen Pluralismus erleichtern. Das je eigene Profil kann gestärkt werden, und es wird erkennbar, dass das Evangelium facettenreich ist. Gegenseitige Wertschätzung und die Bereitschaft, sich selbst in diesen Begegnungsprozessen zu verändern, sind unverzichtbar.

IV. Ermutigung: In der Welt und mit den Menschen nach Gott fragen

Für unsere Partnerkirchen im globalen Süden ist Mission eine Selbstverständlichkeit. Auch uns stellt sich die Frage, wie Mission und Evangeliumsverkündigung in Westfalen geschehen können.

Gerade unsere pluralistische Gesellschaft bietet die Chance, ins Gespräch zu kommen mit Menschen, die dem christlichen Glauben desinteressiert, skeptisch oder auch kritisch gegenüberstehen.

Obwohl Mission als Auftrag der ganzen Kirche verstanden wurde und auch Einzug in die Kirchenverfassungen gefunden hat, gibt es bei der praktischen Umsetzung oft eine zögerliche Haltung.

Dieses Auseinanderfallen von Anspruch und Realität hat Eberhard Jüngel 1999 bei einem Vortrag auf der EKD-Synode so beschrieben: „Wenn die Kirche ein Herz hätte, ein Herz, das noch schlägt, dann würden Evangelisation und Mission den Rhythmus des Herzens der Kirche in hohem Maße bestimmen. ... Doch wenn Mission und Evangelisation nicht Sache der ganzen Kirche ist oder wieder wird, dann ist etwas mit dem Herzschlag der Kirche nicht in Ordnung.“

Was ist nötig, damit dieses Herz schlägt?

These 8: Der missionarische Auftrag der Kirche verpflichtet und ermutigt uns zu einer einladenden Kommunikation des Evangeliums. Im gemeinsamen Hören, Beten, Feiern, brechen wir auf, bereit uns zu verändern und zu engagieren – gerade auch im Dialog mit Menschen aller Generationen, anderer Religion und Weltanschauung. Wir wollen zeigen, was wir lieben, und verstehen, was uns trägt.

1. Hören

Als Kirche des Wortes leben wir von Gottes Wort. Dieses erschließt sich im Bibellesen, in Gottesdienst und Predigt. Aber auf Gott zu hören, ist noch viel mehr. Was Gott heute zu uns sagt, wie Gott zu den Menschen spricht, ist nicht eindeutig. Es erfordert zuallererst eine Haltung des Hörens. Ermutigung zum Hören bedeutet, spirituelle Räume zu erschließen, kirchliche Gebäude für Meditation und Gebet zur Verfügung zu stellen, im öffentlichen Raum zum Lauschen anzuregen, Menschen in Berührung mit dem Heiligen zu bringen. Dieses müsste allem Reden, aller Kommunikation des

Evangeliums vorausgehen. Darum steht die Ermunterung zum Hören auf Gottes Stimme am Anfang.

Um gehört zu werden, müssen wir auch hinhören und sehr genau wahrnehmen, was Menschen gegenwärtig beschäftigt, wo sie existentielle Fragen stellen, Begleitung, Trost und Deutungsperspektiven suchen, nach Gott fragen und Erwartungen an Religion, Christentum, Kirche, Gemeinde stellen.

Hörende Kirche werden heißt nicht Rückzug, sondern heißt Hinwendung zu den Mitmenschen, sich an die Seite der Marginalisierten, der Fremden, der Alteingesessenen, der Gebildeten, der Jungen, der Alten stellen, schweigend fühlen, wie sie sich fühlen, ihre Fragen und Klagen aushalten. Eine hörende Kirche ist eine seelsorgliche und solidarische Kirche. Sie setzt sich den Widersprüchlichkeiten und dem Leid aus und bezeugt so die christliche Botschaft von der Überwindung des Leids durch Kreuz und Auferstehung Christi. Im Hören ergreift die Kirche die Chance selbst innezuhalten und nachzudenken. So bleibt sie bewahrt vor vorschnellen Deutungsversuchen und Aktionismus. Das Hören kann zu einem qualifizierten Schweigen werden, das nachhaltiger wirkt als so manche Verlautbarung.

Im Hören kommt es auch zu einer Abkehr von einem Missionsmodell, das einlinig von der Kirche hin zu den Missionierenden verläuft, und nimmt das Gegenüber als eigenes Subjekt seiner Lebensgestaltung wahr.

2. Beten

Eine hörende Kirche ist auch eine betende Kirche. Sie lädt ein zur Einübung einer spirituellen Haltung, die Leerstellen in Zeit und Raum schafft, um in der Stille Gott zu suchen und auf seine Stimme zu warten. Sie bringt das, was sie in der Hinwendung zu den Mitmenschen gehört hat, vor Gott – in Fürbitte und Dank. Sie bringt die gehörten Fragen, die wahrgenommene leibliche und seelische Not und geistliche Leere in ihren Fürbitten Gott zu Gehör. Eine hörende Kirche dankt Gott für die Mitmenschen, auf die sie hören durfte – und auch

für das, was sie bei ihnen an Glauben, Liebe und Hoffnung wahrnehmen konnte.

3. Reden

Menschen, die dem Glauben gegenüber gleichgültig sind, zeigen oft kein Bedürfnis, über Religion zu sprechen, und fühlen sich möglicherweise vom Kommunikationsbedürfnis der Kirchen eher bedroht. Eine missionarische Haltung sieht alle Menschen im Licht dessen, was Christus für sie und uns getan hat, ist sich aber auch bewusst, dass es Sache des Heiligen Geistes und der Entscheidungsfreiheit der Menschen ist, wie sie darauf reagieren. Weil alle Einsicht begrenzt ist, geschieht das Zeugnis des Glaubens immer dialogisch in einer Lerngemeinschaft mit religiös gebundenen und distanzierten Menschen, im Sinne von Fulbert Steffensky: „Mission heißt zeigen, wer man ist und was man liebt.“

Als eine Weise von Gott zu reden, bietet sich das Erzählen von Glaubenserfahrungen an. Im Erzählen geschehen Deutung und Verarbeitung. Es ist mithin eine Form des Bekennens, das nicht einseitig verläuft. Im Idealfall kann es so zu Berührungen oder gar einer Verschränkung von Gottes Geschichte in meinem Leben mit der Lebensgeschichte anderer Menschen kommen. In dieser Weise ist auch die Bibel über weite Strecken ein Erzählbuch.

4. Feiern

Das Wochenende mit der Sonntagsruhe, die kirchlichen Fest- und Feiertage im Jahresverlauf und die Rituale, die ein Mensch an den entscheidenden Stationen seines Lebens in Anspruch nehmen kann, sind die sichtbarsten Zeichen unserer christlich geprägten Gesellschaft. Hier kann Kirche in besonderer Weise auf Menschen zugehen und sie einladen, sich vom Evangelium berühren zu lassen und unter Gottes Segen zu stellen. Die Fülle des Lebens zu feiern und sich an der Schönheit der Schöpfung und dem Reichtum der Erde zu erfreuen, die Hoffnung der Auferstehungsbotschaft zum Leuchten zu bringen und Mut und Zuversicht für die Bewältigung des Alltags zuzusprechen, ist Sinn und Zweck von Gottesdiensten und Segensfeiern. In der Taufe

und im Abendmahl wird die Gegenwart Christi gefeiert. Die kirchlichen Feste bilden Höhepunkt im Jahresablauf.

Feste und Feiern gibt es in allen Kulturen und Religionen. Sie sind wie geschaffen zum gegenseitigen Kennenlernen. Gastfreundschaft ist ein besonderes Kennzeichen vieler Religionen, und so bietet es sich an, interessierte Einzelne und auch andersgläubige Gemeinden im Stadtteil oder Quartier gezielt zu den eigenen Feiern einzuladen. Gemeinsam organisierte Stadtteilstefen schaffen zwanglose Begegnungsmöglichkeiten verschiedener Gruppen im Sozialraum, und in einer offenen Atmosphäre können Kontakte geknüpft, Informationen ausgetauscht oder auch einfach nur Bekanntschaften geschlossen werden.

5. Aufbrechen

Über den eigenen Glauben zu sprechen und existenzielle Fragen, Erfahrungen, Zweifel in Worte zu fassen, fällt uns in unserer Gesellschaft schwer. Missionarisches Handeln besteht auch im Verzicht auf klare und einfache Antworten, wie sie heute oft gefordert werden. Christlicher Glaube sollte als eine Hilfe einfließen, mit komplexen oder bedrückenden Problemlagen und Erfahrungen umzugehen und zu leben.

Kontextuell und milieu-orientiert, dabei mit dem Anspruch, religiös distanzierte Menschen anzusprechen und das Leben mit ihnen zu teilen sind die Angebote der *Fresh X*-Bewegung. Hier werden neue Orte der Begegnung mit dem christlichen Glauben gesucht und gefunden.

In den sozialen Netzwerken hat sich in den letzten Jahren eine Szene entwickelt, die religiöse Fragen bespricht. Das besondere an diesen Formaten ist die Unabhängigkeit von Konfessionszugehörigkeit, Amtskirche, Mitgliedschaft, Herkunft oder anderem. In *Podcasts* und auf *Instagram*-Kanälen kommentieren die Akteur*innen alltägliche und gesellschaftliche Fragen und bringen ihre persönliche religiös begründete Deutung ins Gespräch. Die persönlichen Bezüge sind in diesen Begegnungen wichtiger als abschließende Erklärungen.

Zum Aufbrechen in die digitale Weite gehört seitens der Kirche auch Mut zur Unvollkommenheit. Die Diskussion über die Frage nach einer digitalen Ekklesiologie steht noch ganz am Anfang. Die Möglichkeiten, die digitale Formate für eine lebendige Kommunikation des Evangeliums bieten, sind vielfältig. Daher ist es sehr begrüßenswert, dass jetzt mit der Entwicklung einer Strategie von „Kirche in digitalen Räumen“ begonnen wird.

6. Sich engagieren und sich verändern lassen

Unsere aus der Mission entstandenen Partnerkirchen wie auch die Gemeinden des Internationalen Kirchenkonvents ermutigen uns, zur Mission zu stehen und neue Wege zu beschreiten. Gemeinsam lernen wir, was es heißt, hineingenommen zu sein in Gottes Mission (*missio Dei*). Wir verstehen es als unsere Aufgabe, den Menschen das Evangelium nahezubringen. Dies geschieht aber in verschiedener Weise und mit verschiedenen Stimmen.

Im Kontext interkultureller Begegnung erleben wir etwa, dass beispielsweise asiatische und afrikanische Gemeinden durch Gottesdienste und Jüngerschaftsprogramme (*Discipleship Programs*) vital bleiben. Freikirchliche Neugründungen in anderen kulturellen Milieus konzentrieren ihre Arbeit auf das Feiern von Gottesdiensten und die Begegnungen in Kleingruppen. Hier kann die Landeskirche lernen, um den Aspekt des lebhaften Feierns und des lebendigen Erlebens in Gottesdiensten gegenüber einer eher steifen liturgischen Feier zu betonen. Dabei kann die Erfahrung, dass trans- und crosskulturelle Begegnungen in Kunst, Musik und Sport gelingen, dazu ermutigen, solche Erfahrungen auch im religiösen Bereich zu machen. Aus der globalen Ökumene stammt das Bibelteilen (*Bible Sharing*), das es ermöglicht, kulturell bedingte unterschiedliche hermeneutische Ansätze partizipatorisch zu verbinden. In missionarischer Hinsicht wäre es sicherlich zielführend, hier milieuübergreifende und interkulturelle Programme auszuarbeiten.

Die Sorge um die Zukunft und das Engagement gegen den Klimawandel, für Gerechtigkeit, Frieden und einen nachhaltigen Lebensstil verbindet

viele unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Milieus. Engagiertes Handeln in Zukunfts- und Gerechtigkeitsfragen ist auch für die Evangelische Kirche ein starkes Anliegen, das sich direkt aus ihren theologischen Überzeugungen ergibt. Im gemeinsamen Engagement und der Zusammenarbeit von kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen entstehen milieuübergreifende Begegnungen, von denen der Wunsch nach Veränderung ausgeht. Dies sollte sich bis hinein in institutionelle kirchliche Strukturen auswirken.

7. Zeigen, was wir lieben, und verstehen, was uns trägt (Ermutigung zum Dialog)

Um einen wirksamen Beitrag für eine friedliche und gerechte Gesellschaft zu leisten, empfiehlt es sich, dass evangelische Kirchengemeinden mit den konfessionell anderen Gemeinden und Religionsgemeinschaften vor Ort kooperieren. Dazu bedarf es der Kenntnis über die kulturellen und religiösen Hintergründe der jeweiligen Partner. Durch Gespräche und Begegnungen wird eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen, die Grundvoraussetzung für jeden Dialog ist.

Dialog beschreibt ursprünglich die offizielle Begegnung der Repräsentant*innen verschiedener Religionsgemeinschaften. Gegenseitige Gastfreundschaft, das Überbringen von Grüßen zu den hohen Festen sowie regelmäßige Treffen und Dialogveranstaltungen sollten daher nicht nur einigen Fachleuten überlassen bleiben, sondern in die Agenda aller Presbyterien, Kreissynodalvorstände und anderer kirchenleitender Gremien bis hin zur Kirchenleitung aufgenommen werden.

Dabei sollten alle Teilnehmenden eine Haltung einnehmen, die von Interesse und Respekt geprägt ist. Interreligiöser Dialog heißt, die eigenen Glaubensüberzeugungen mit denen Andersgläubiger ins Gespräch zu bringen. Dabei kann über die reine Verständigung hinaus auch Verbindendes in der religiösen Grundhaltung entdeckt werden. Dass jemand den Wunsch verspürt, den anderen Glauben anzunehmen, ist nicht ausgeschlossen. Interreligiöser Dialog zielt aber nicht darauf ab.

Dass interreligiöser Dialog nicht das Ziel der Konversion verfolgt, gilt in besonderer Weise für die Begegnung mit dem Judentum. Als Evangelische Kirche von Westfalen wissen wir uns unseren jüdischen Mitbürger*innen geschwisterlich verbunden. So bezieht sich Artikel 1 der Kirchenordnung auf den dreieinigen Gott, „der Kirche und Israel gemeinsam zu seinen Zeugen und zu Erben seiner Verheißung macht“.

Angesichts einer entsetzlichen Schuldgeschichte der Kirchen und der Christenheit an unseren jüdischen Glaubensgeschwistern erfüllt uns bis heute tiefe Scham. Umso dankbarer sind wir für die vielen Initiativen und Gesprächsforen mit jüdischen Gemeinden und Menschen in Westfalen, in denen wir als evangelische Kirche mehr und mehr lernen können, uns gemeinsam als Volk Gottes zu verstehen. Wir verurteilen entschieden jegliche Form von Antisemitismus und setzen uns nach Kräften dafür ein, dass jüdische Menschen ohne Diskriminierung und Angst gemeinsam mit uns leben und ihren Glauben bezeugen können.

V. Auftrag

Als Evangelische Kirche von Westfalen sind wir im Horizont von Gottes Mission (*missio Dei*) zu den Menschen unserer Gesellschaft gesandt, um die in Christus Person gewordene Liebe Gottes und seine begleitende Gegenwart in Wort und Tat als das eine Wort Gottes zu bezeugen. Angesichts der zunehmenden konfessionellen, religiösen und kulturellen Vielfalt stellt sich die Herausforderung, neben den bewährten auch neue Formen des Kirche-Seins und der Verkündigung zu entwickeln. Christus beauftragt und befähigt durch die Kraft des Heiligen Geistes, die Botschaft der freien Gnade Gottes an alles Volk auszurichten (Barmen VI). Dieser Herausforderung nimmt sich die Evangelische Kirche von Westfalen in ökumenischer Verbundenheit an. ●

(Die besondere Schreibweise mit Genderstern steht so im Original.)

Anmerkungen

[1] E. Jüngel, *Mission und Evangelisation*, in: E. Jüngel, *Ganz werden. Theologische Erörterungen V*, Tübingen 2003, 115-136, 116.

[2] *Leitbild der Evangelischen Kirche von Westfalen*, in: *Glauben aus gutem Grund*, Juni 2006.

[3] *Die Bibelzitate entstammen, wenn nicht anders vermerkt, der 2021 von der Deutschen Bibelgesellschaft herausgegebenen BasisBibel.*

[4] Die EKvW ist mit einer Vielzahl von verschiedenen Kirchen in aller Welt verbunden. Dazu gehören die United Church of Christ (UCC) in den USA und die Evangelische Kirche am Rio de la Plata (IERP) in Argentinien und Paraguay. Auch zur Church of Scotland, der Waldenserkirche in Italien, der Evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession in Siebenbürgen/Rumänien, der Reformierten und der Lutherischen Kirche Ungarns, dem Polnischen Ökumenischen Rat und der Weißrussisch-orthodoxen Kirche bestehen intensive Beziehungen. Hinzu kommen die ökumenischen Beziehungen zur römisch-katholischen Kirche, zur koptischen Kirche, zu verschiedenen orthodoxen und orientalischem-orthodoxen Kirchen, zu evangelischen Frei- und Pfingstkirchen sowie zu internationalen Gemeinden, die zum Internationalen Kirchenkonvent Rheinland-Westfalen gehören.

[5] Als Mitglied der Vereinten Evangelischen Mission – Gemeinschaft von Kirchen in drei Erdteilen (VEM) ist die EKvW eng verbunden mit 17 Kirchen in Asien, 15 Kirchen in Afrika und mit 5 Kirchen in Deutschland sowie den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel.

[6] H. K. Bhabha: *The location of culture*, 1994. Die zentralen Begriffe heißen dort im Original „hybrid third space“ bzw. „in-between-spaces“ oder auch „interstitial passage“, a.a.O., 1-2, 5.

[7] Zur Typisierung unterschiedlicher Missionskonzepte vgl. D. J. Bosch, *Transforming Mission. Paradigm Shifts in Theology of Mission*, New

York 1991 (deutsche Übersetzung: D. J. Bosch, *Mission im Wandel. Paradigmenwechsel in der Missionstheologie*, 2012). Grundlegend für den gegenwärtigen Konsens im Missionsverständnis der Kirchen weltweit ist die 2013 auf ihrer Vollversammlung in Busan verabschiedete theologische Grundsatzklärung des Weltkirchenrates (WCC): *Together towards Life. Mission and Evangelism in Changing Landscapes* (<https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/together-towards-life-mission-and-evangelism-in-changing-landscapes>).

[8] Vgl. Th. Sundermeier, *Konvivenz als Grundstruktur ökumenischer Existenz heute*, in: W. Huber/D. Ritschl/Th. Sundermeier (Hg.), *Ökumenische Existenz heute*, München 1986, 49-100.

[9] vgl. Ökumenischer Rat der Kirchen, *Gemeinsam für das Leben: Mission und Evangelisation in sich wandelnden Kontexten*, verabschiedet von der 10. ÖRK-Vollversammlung 2013 in Busan (Südkorea), <https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/together-towards-life-mission-and-evangelism-in-changing-landscapes>. Hier beziehen wir uns ausdrücklich auf Abschnitt 107: „Wir bekräftigen, dass Menschen in Situationen der Marginalisierung eine aktive Rolle in der Mission übernehmen und ihnen die prophetische Rolle zukommt, ein Leben in Fülle für alle zu fordern. Die Menschen am Rande der Gesellschaft [...] haben die besondere Gabe zu unterscheiden, was für sie in ihrem bedrohten Leben eine gute Nachricht oder aber eine schlechte Nachricht ist. In unserer Verpflichtung auf Gottes Leben spendende Mission müssen wir auf die Stimmen der Menschen an den Rändern der Gesellschaft hören, um zu erfahren, was dem Leben dient und was es zerstört. Wir müssen unsere Mission neu auf die Wege ausrichten, die die Marginalisierten heute selbst gehen. Gerechtigkeit, Solidarität und Inklusion sind zentrale Ausdrucksformen der Mission, die von den Rändern der Gesellschaft ausgeht.“

[10] *Satzung der Vereinten Evangelischen Mission (VEM). Gemeinschaft von Kirchen in drei Erdteilen*, vom 27. September 2018, § 2 (2 b-c).

„Wir sind in großer Sorge“

Kirchenobere appellieren an Bundesregierung in Sachen Syrien

Einen Appell zur Hilfe für die Christen in Syrien haben Erzbischof Philoxenus Mattias Nays (Erzdiözese der Syrisch-Orthodoxen Kirche von Antiochien in Deutschland), Metropolit Isaak Barakat (Orthodoxe Kirche von Antiochien in Deutschland und Mitteleuropa) sowie Bischof Serovpé Isakhanyan (Primas der Armenisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche in Deutschland) an die Bundesregierung gerichtet. KNA-ÖKI dokumentiert den Aufruf im Wortlaut.

Wir sind in großer Sorge. Seit zehn Jahren herrscht in Syrien Krieg. Das Land ist in mehrere Einfluss-Sphären geteilt. Um jede dieser Einfluss-Sphären wird hart gekämpft. Die Gegner lauern ständig, unterstützt von regionalen und überregionalen

Mächten, eine günstige Gelegenheit zu finden, um die andere Seite anzugreifen und so ihren Einflussbereich erweitern zu können. Syrien war ein Land, das über ein gutes Bildungssystem, gute medizinische Versorgung und eine Infrastruktur verfügte, die ausbaufähig war. All das ist fast in allen Teilen Syriens durch die vergangenen Kriegsjahre zerstört worden, und das, was noch verschont blieb, ist dem Verfall preisgegeben.

Die Menschen sind dermaßen verarmt, dass viele Familien es sich nicht mehr leisten können, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Eine Person allein kann die Familie nicht mehr ernähren. Alle müssen mithelfen, den täglichen Bedarf zu decken. Bei vielen Familien sind die Ersparnisse durch die galoppierende Inflation aufgebraucht. Das ganze Land befindet sich

in Gefangenschaft. Auf der einen Seite steht ein Regime, unterstützt von Russland, Iran und den schiitischen Milizen. Die andere Seite bilden stark konservativ muslimische bis radikal-islamistische Gruppen, die durch die Türkei, aber auch durch andere muslimische Kräfte unterstützt werden, die die Herrschaft in Syrien an sich reißen möchten. In Nordosten Syriens kämpfen die Kurden um Autonomie, die von der Zentralregierung zwar abgelehnt, aber zurzeit geduldet wird und von allen Nachbarstaaten bekämpft wird. All das lässt die Menschen verzagen. Sie finden keine Hoffnung, dass die Dinge sich zum Besseren wenden. Millionenfach mussten sie fliehen, jeder zweite Syrer ist inzwischen ein Geflüchteter.

Syrien ist die Wiege der Zivilisation. An vielen Orten begegnet uns die Geschichte der Sumerer, Babylonier, Phönizier, Hethiter, Aramäer, Assyrer, Armenier, Römer, Griechen und verschiedener islamischer Dynastien. Auch wenn heute über 70 Prozent der Einwohner Syriens Muslime sunnitischen Glaubens sind, so ist Syrien doch in seiner Zusammensetzung ein multi-ethnischer und multi-religiöser Staat. Die religiösen und ethnischen Gruppen, die zahlenmäßig kleiner als die arabischen Sunniten sind, verstehen sich nicht als Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft, sondern als wichtiger Bestandteil der ganzen Gesellschaft. Sie sind keineswegs Zugereiste oder Eingewanderte, sondern Nachfahren jener alten Völker, deren Geschichtsspuren uns auf Schritt und Tritt in den verschiedenen Teilen Syriens begegnen. Es sind nicht nur die historischen Kulturdenkmale und Orte, die in Gefahr sind, unwiederbringlich zerstört zu werden, sondern es droht auch die kulturelle und religiöse Vielfalt verloren zu gehen, die dieses Land über Jahrhunderte auszeichnete. Durch die kriegerische Auseinandersetzung hat in vielen Teilen Syriens die Bevölkerungsstruktur einen tiefgreifenden Wandel erlitten.

Besonders betroffen sind die Christen. In den Kampfgebieten haben Islamisten ihre Kirchen und Einrichtungen zerstört. Auch von ihren Häusern oder Wohnungen ist nicht viel übriggeblieben, so dass eine Rückkehr nahezu unmöglich erscheint. Es fehlt das nötige Geld um den Wiederaufbau oder die Instandsetzung in Angriff nehmen zu können.

In manchen Orten oder Stadtteilen Syriens sind die Christen dennoch weiter präsent, auch wenn sie zahlenmäßig sehr geschwächt sind. Aber der Leidensdruck, dem sie ausgesetzt sind, ist sehr groß, so dass viele von ihnen auch noch weggehen könnten, sobald sich eine Möglichkeit bietet, ins westliche Ausland auswandern zu können. Das Verschwinden dieser gesellschaftlichen Vielfalt aus dem Land und dem Nahen Osten insgesamt hat verheerende Folgen, nicht nur für die verbleibenden Christen im Orient, sondern für die Stabilität der gesamten Region. Die Folge wäre eine zunehmende Radikalisierung.

Damit die Christen in Syrien bleiben können, müssen sie eine Perspektive haben.

- Die Familien müssen in der Lage sein, ihre Kinder in die Schule schicken und für ihre Ausbildung aufkommen zu können.
- Die christlichen Gemeinden müssen in der Lage sein, Heime für Minderjährige zu schaffen, die ihre Eltern im Krieg verloren haben.
- Junge Menschen brauchen dringend Unterstützung, damit sie ein Studium anfangen oder zu Ende bringen können.
- Einrichtungen wie Schulen, Altersheime und Jugendheime in kirchlicher Trägerschaft brauchen dringend Unterstützung. Bis vor einigen Jahren konnten sie von Spenden der Kirchenmitglieder getragen und unterstützt werden, aber das fällt zurzeit ganz weg, weil die Menschen verarmt sind.

Darum appellieren wir an die politisch Verantwortlichen, die Lage ernst zu nehmen und einen Weg zu finden, wie man die Christen in Syrien unterstützen kann, und zwar nicht, weil sie Christen sind, sondern weil ihr Verbleib in dieser Region von großer Bedeutung ist. Mit militärischem Engagement allein sind in dieser Region der radikale Islam und totalitäre politische Strukturen nicht zu überwinden. Es müssen Institutionen und Gemeinschaften erhalten bleiben und unterstützt werden, die trotz immer wieder aufkommender Verfolgung für einen friedlichen Dialog eintreten und sich für ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Bekenntnisse stark machen. Das gilt nicht nur für die Menschen in Syrien, sondern auch für die Menschen im Irak und im Libanon. ●